Nr. 158. – 32. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Donnerstag, den 10. Juni 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Italienische Misserfolge am unteren Tsonzo.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 9. Juni 1915, vormittags. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Am Osthang der Lorettohöhe zum Angriff ansetzende feindliche Kräfte wurden gestern nachmittag durch unser Feuer vertrieben. Am Südosthang derselben Höhe scheiterte ein feindlicher Angriff.

Die letzten Häusergruppen des schon seit dem 9. Mai zum großen Teil in Besitz der Franzosen befindlichen Dorfes Neuville wurden heute nacht dem Feinde überlassen. Südlich von Neuville schlugen wir wiederholte Angriffe unter schweren Verlusten für die Franzosen ab.

In der Gegend südöstlich von Hebuterne ist der Kampf nach einem in den Morgenstunden mißglückten Angriff der Franzosen wieder im Gange. Im Priesterwalde wurde ein feindlicher Angriff blutig zurückgewiesen, nur um eine kleine Stelle unseres vordersten Grabens wird noch gekämpft.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem östlichen Windaufer wurde Kubyli nordöstlich Kurschany genommen. Von Südwesten her nähern sich unsere angreifenden Truppen der Stadt Szawle.

An der Dubissa wurde der feindliche Nordflügel durch umfassenden Angriff in südöstlicher Richtung geworfen. Unsere vordersten Linien erreichten die Straße Betygola—Ilgize.

Südlich des Njemen traten die Russen nach hartnäckigen Kämpfen bei Dembowa Ruda und Kosliszki den Rückzug auf Kowno an. 300 Gefangene und 2 Maschinengewehre wurden erbeutet. Bei der weiteren Verfolgung gewannen wir unter Sicherung gegen Kowno die Straße Mariampol—Kowno.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Oestlich Przemysl ist die Lage unverändert.

Nordöstlich Zurawno brachten die Truppen des Generals von Linsingen einen russischen Gegenangriff zum Stehen. Weiter südlich wird um die Höhen westlich Halicz und westlich Jezupol noch gekämpft. Stanislau ist bereits in unserem Besitz. Es wurden 4500 Gefangene gemacht und 13 Maschinengewehre erbeutet.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 9. Juni. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart, 9. Juni 1915 mittags:

Russischer Kriegsschauplatz.

Südlich des Dnjestr verloren die Russen neuerdings an Boden. Unter vielfachen Verfolgungskämpfen siegreich vordringend, erreichten die Verbündeten gestern nördlich Kolomea die Linie Kulaczkowce—Korszow, gewannen die Höhen von Ottynia, nahmen abends Stanislau in Besitz und drangen weiter gegen Halicz vor. Der Tag brachte 5570 Gefangene. An der übrigen Front in Galizien und Polen hat sich nichts Wesentliches ereignet.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Der erste größere Angriff des Feindes, gestern nachmittag von Truppen in der beiläufigen Stärke einer Infanteriedivision gegen den Görzer Brückenkopf angesetzt, wurde unter schweren Verlusten der Italiener abgeschlagen. Diese flüteten im Artilleriefeuer zurück und mußten mehrere Geschütze stehen lassen. Das gleiche Geschick ereilte feindliche Angriffsversuche bei Gradisca und Monfalcone.

Die Kämpfe an der Kärntner Grenze östlich des Plöcken-Passes und das beiderseitige Geschützfeuer im Gebiete unserer Kärtner und Tiroler Sperrbefestigungen dauern fort.

Balkankriegsschauplatz.

An der serbischen Grenze fanden da und dort Plänkeleien und auch Artilleriegefechte ohne Bedeutung statt. — Bei Korito wurde eine montenegrinische Bande in österreichisch-ungarischen Uniformen zersprengt.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Die Befestigungen von Przemysl.

Berlin, 9. Juni. (W. T. B.) Aus dem Großen Hauptquartier wird uns über den Fall der Festung Przemysl ergänzend geschrieben: Die Stadt Przemysl mit ihren etwa 50 000 Einwohnern liegt zu beiden Seiten des San. Fünf bis sieben Kilometer von der Stadt entfernt sind die Hauptbefestigungen angelegt, die eine Gesamtausdehnung von rund 50 Kilometer haben. Die Befestigungen bestehen aus kleineren und größeren Forts, die untereinander durch Schützengräben, Schanzen und sonstige Erdwerke verbunden sind. Die Forts sind mächtige, von tiefen Gräben umgebene Erdwerke mit zahlreichen betonierten Unterständen und gemauerten Kasernen. Breite, meist in zweifacher Reihe angelegte Drahthindernisse sperren nach allen Seiten den Zugang zu den Befestigungsanlagen. Für den Angriff der verstärkten bayerischen Division wurden drei Forts der Nordfront samt den dazwischen gelegenen Befestigungsanlagen bestimmt. Das heißt, es sollte in den großen Umzug der Festung ein Loch gebohrt werden von einer Breite, die etwas mehr als den 20. Teil des befestigten Gesamtumzugs der Festung darstellt. Dies gelang am 31. Mai durch die Erstürmung der Forts 10a, 9a und 11 samt Zwischenlinien. Bis zum Abend des 2. Juni hatte sich durch die Wegnahme der Forts 11 und 12 und Kapitulation der Werke 10b und 9a die durchbrochene Linie zu einer Breite von 8 Kilometer erweitert, d. h. die ganze Nordfront, etwa der sechste Teil der gesamten Befestigungen, war im Besitze des Angreifers. Die Besichtigung der erstürmten Forts der Nordfront legt zunächst Zeugnis ab von der erschütternden Wirkung unserer schwersten Geschütze. Betonklötze von 3 Meter Stärke sind geborsten und abgesplittert gleich zerstörten Sandburgen. Die Trichter der 42-cm-Geschosse weisen eine Tiefe bis zu 8 und eine Breite bis zu 15 Meter auf. Auch die moralische Wirkung dieser Geschosse war eine derartige, daß die Russen an mehreren Stellen selbst die Drahtnetze durchschnitten, um sich aus ihrer unerträglichen Lage zu befreien und dem stürmenden Feinde zu ergeben.

Auch Amerika?

Washington, 9. Juni. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Staatssekretär Bryan hat demissioniert.

Washington, 9. Juni. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Bryan sagt in einem Briefe an den Präsidenten Wilson: Im Einklange mit ihrem Pflichtgefühle und von den vornehmsten Beweggründen geleitet, bereiteten Sie zur Weitergabe nach Deutschland eine Note vor, der ich nicht zustimmen kann, ohne meine Pflicht gegen das Land zu verletzen. Der Gegenstand ist so bedeutend, daß mein Verbleiben im Kabinett ebenso ungerecht Ihnen wie der Sache gegenüber wäre, die meinem Herzen am nächsten liegt, nämlich Verhütung.

Der amerikanische Staatssekretär William Bryan hat seinen Abschied genommen, weil er mit dem Inhalt der Note, die als Erwiderung auf die deutsche Antwort in der Lusitania-Affäre nach Berlin gesandt werden soll, nicht einverstanden ist. Herr Bryan war stets ein Friedensfreund, ja man darf fast sagen, ein etwas utopistischer Friedensschwärmer, und wenn er jetzt das amerikanische Kabinett verläßt, so bedeutet das ganz zweifellos, daß die Note in der von Wilson beabsichtigten Form sich von einem Ultimatum an Deutschland nicht wesentlich mehr unterscheidet. Wir haben es hier also mit einem Ereignis von allergrößter Wichtigkeit zu tun.

Die Vorgeschichte ist bekannt. Als seinerzeit die deutsche Regierung den Vereinigten Staaten mitteilte, daß sie in Zukunft die englischen Gewässer als Kriegsgebiet ansehen und die dort verkehrenden neutralen Schiffe sich eine entsprechende Behandlung gefallen lassen müßten, antwortete der Präsident Wilson sehr ernst, daß Deutschland im vollen Umfang dafür die Verantwortlichkeit übernehmen müsse, wenn die Tätigkeit seiner Unterseeboote in der Kriegszone die Zerstörung amerikanischer Schiffe oder den Verlust des Lebens von amerikanischen Bürgern zur Folge haben würde. Bei verschiedenen Gelegenheiten ist dann von Washington her Protest gegen das Vorgehen der Unterseeboote erhoben worden, aber die Verhältnisse spitzten sich erst zu nach der Torpedierung der „Lusitania". Amerika richtete eine Note an Deutschland, die, überaus höflich in der Form, sachlich Forderungen stellte, von denen es von vornherein sicher war, daß Deutschland ihnen nicht entsprechen könne, ohne auf die bisher befolgte Methode des Seekrieges zu verzichten. Die Antwort der deutschen Regierung fiel so aus, wie man es erwartet hatte, und jetzt scheinen sich der Präsident Wilson und das Senatskomitee für auswärtige Angelegenheiten zu einem Schritt entschlossen zu haben, der die Beziehungen zu Deutschland mindestens in sehr kritische Formen bringen kann.

Ueber die Stimmung in den Vereinigten Staaten sind wir unvollkommen unterrichtet, da der telegraphische Verkehr durch England kontrolliert wird und die vorliegenden Zeitungen natürlich einige Zeit zurückdatieren. Immerhin wissen wir im allgemeinen über die Stimmungen und Strömungen im amerikanischen Volke einigermaßen Bescheid, und in Ergänzung dessen, was gestern unser New Yorker Korrespondent berichtete, können wir folgendes sagen:

Die Mehrheit der Bevölkerung der Vereinigten Staaten stand von Anfang an mit ihren Sympathien nicht auf der Seite der Zentralmächte, und die Agitation, die von einigen Vertretern des Deutschtums drüben getrieben worden ist, war auch nur teilweise danach angetan, eine deutschfreundlichere Stimmung zu erwecken. Aber der Staat blieb wenigstens neutral, und die großen Munitionsfabriken würden mit derselben Bereitwilligkeit, mit der sie den Alliierten Geschütze und Geschosse lieferten, auch die deutsche und die österreichische Armee unterstützt haben, wenn die englische Flotte dieses Geschäft nicht unmöglich gemacht hätte.

Da kam die Versenkung der „Lusitania", und nun erhob der größte Teil der Presse den Ruf nach energischen Maßregeln, die, wenn Deutschland nicht nachgebe und auf die weitere Verwendung seiner Unterseeboote gegen Passagierschiffe verzichte, in der Kriegserklärung gipfeln müßten.

Jedoch die Kriegsfreudigkeit der ersten Tage hielt doch nicht allenthalben an, und die abwartende und zögernde Haltung des Präsidenten fand in sehr weiten Kreisen beifällige Aufnahme.

War es reine Friedensliebe, die diese Zurückhaltung diktierte? Ach nein, es waren recht realpolitische Erwägungen. Zunächst legte man sich die Frage vor, wie denn ein Krieg zwischen Amerika und Deutschland aussehen solle, da die Vereinigten Staaten doch kaum in der Lage seien, Truppen nach Europa zu werfen, und da ihre Flotte zumal im Hinblick auf die deutschen Unterseeboote die Flotte der Alliierten kaum in nennenswerter Weise unterstützen könne. Den deutschen

Ueberseehandel noch mehr zu schädigen als es bereits geschieht, geht auch nicht an, da er ja überhaupt nicht mehr vorhanden ist. Also, was soll man tun?

Außerdem wurden Stimmen laut, die versicherten, daß es Deutschland gar nicht so unangenehm sei, wenn Amerika eingreife. In diesem Falle brauchten die Unterseeboote überhaupt keine Rücksicht mehr zu nehmen, und was wichtiger wäre, es würde keine Munition mehr an die Verbündeten geschickt werden können, da Amerika sie selber nötig habe. Jetzt hieß es vielfach, man dürfe den Deutschen den Gefallen nicht tun, sich herausfordern zu lassen. Aber auch das war bei den meisten nur eine Phrase, hinter der sich andere Beweggründe verbargen. Man sehe sich einmal die Exportziffern der Vereinigten Staaten in der Zeit vom 1. Juli 1914 bis zum 31. März 1915 an. In diesen neun Monaten hat sich im Vergleich mit der entsprechenden Zeit des vorhergehenden Jahres die Ausfuhr nach den Staaten der Tripleentente um 35 Proz. gesteigert. Die nach Deutschland und Oesterreich ist allerdings um 90 Proz. zurückgegangen, aber dieser Ausfall wird nahezu ausgeglichen durch die gewaltige Steigerung des Exports in die neutralen Nachbarländer der Zentralmächte. Die Ziffern sind folgende: Die Ausfuhr nach Dänemark stieg von 12 auf 36 Millionen Dollar, die nach Schweden von 11 auf 66 Millionen, die nach Norwegen von 7 auf 32 Millionen, während der Export nach Holland von 84 auf 102 und der nach Italien von 59 auf 139 Millionen Dollar in die Höhe schnellte. Ein solches Geschäft setzen kühle Rechner nicht leichten Herzens aufs Spiel. Sie werden so lange als irgend möglich einer friedlichen Politik das Wort reden.

Die Frage ist nur, ob nicht die Interessen der Rüstungsindustrie nach einer anderen Richtung drängen. In einem New Yorker kapitalistischen Blatt wurde vor einem Monat berechnet, daß bis zu diesem Zeitpunkt Amerika im ganzen für rund 500 Millionen Dollar Munition und Waffen an die Kriegführenden geliefert habe. Man war überzeugt, daß die Bestellungen sich noch immer weiter steigern würden, aber es kommt nun darauf an, ob die Stahl- und Eisenmagnaten und alles, was mit ihnen zusammenhängt, sich von einer aktiven Anteilnahme ihres Landes am Kriege, trotzdem daß mindestens vorübergehend eine Einschränkung der Lieferungen nach Europa erfolgen würde, noch mehr Gewinn versprechen. Hier wird sich unter Umständen ein Konflikt zwischen den verschiedenen Kapitalistengruppen, von denen eine so patriotisch ist wie die andere, entspinnen, und die Frage ist, welche von beiden schließlich triumphiert, ob die, die Amerika direkt in den Strudel mit hineinreißen will, oder die andere, die den Frieden liebt, aber unter seinem Schutze Kriegsgeschäfte machen will.

Die nächsten Tage müssen die Entscheidung bringen.

* * *

Washington, 9. Juni. (W. T. B.) (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Nach zweistündigem Gedankenaustausch mit dem Kabinett über die Note an Deutschland erstattete Wilson die Mitteilung, daß die Note fertig sei und wahrscheinlich morgen abgeschickt wird. Der Präsident stellt in Abrede, daß eine größere Verzögerung eintrat, als bei einer Note von solchem Gewichte natürlich ist. Die deutsche Note, die für den Angriff auf die „Gulflight" Schadenersatz verspricht und um weitere Aufklärungen über den Vorfall mit der „Cushing" ersucht, wird vom Präsidenten nicht als unbefriedigend angesehen, aber die beiden Fragen hätten nichts mit dem Hauptgrundsatz zu tun, für den die Vereinigten Staaten eintreten: nämlich, daß Amerikaner auf unbewaffneten Kauffahrteischiffen, welcher Nationalität immer, in Sicherheit nach ihrem Bestimmungsort gebracht werden müssen, ehe ein zur Prise gemachtes Schiff vernichtet wird.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 9. Juni. (W. T. B.) Amtlicher Kriegsbericht von gestern nachmittag. Im Abschnitt nördlich von Arras spielten sich einige Infanterieaktionen am Abend und in der Nacht auf den Osthängen des Lorettoplateaus ab. Der Feind erwiderte unseren Angriff durch drei heftige Gegenangriffe, aber die Stellungen wurden beiderseits nicht verändert. Nordöstlich der Zuckerfabrik von Souchez rückten wir vor. In Neuville-Saint-Vaast bemächtigten wir uns nach einem sehr heftigen Kampfe einer weiteren Häusergruppe. Im Gebiet des Labyrinths wurde ein deutscher Gegenangriff zurückgeworfen. Südöstlich von Hebuterne suchten die Deutschen die verlorenen Stellungen zurückzuerobern. Sie wurden viermal zurückgeschlagen. Wir erweiterten unseren Gewinn gegen Nordosten bis zur Straße von Hebuterne—Yerre, indem wir auf 50 Meter Front zwei Reihen deutscher Schützengräben einnahmen. Wir machten 150 Gefangene, darunter 100 Unverwundete.

Paris, 9. Juni. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Im Lorettogebiet war der Artilleriekampf heute sehr lebhaft; die Infanterie befestigte überall die vorher gewonnenen Stellungen und erzielte neue Fortschritte. In Neuville und St. Vaast nahmen wir die Gesamtheit des kleinen, vom Feind noch besetzten Dorfteils im Westen des Dorfes ein, ebenso neue Häuser in der Hauptstraße (Nordteil). Im Labyrinth schlugen unsere Truppen einen heftigen Gegenangriff zurück. Südlich Hebuterne verschärften wir leicht unsere Fortschritte und behaupteten unsere Gewinne von gestern und heute nacht trotz starken Gegenangriffes, der von zwei eiligst in Automobilen aus dem Gebiete östlich Arras herbeigeschafften Bataillonen ausgeführt wurde. Wir setzten sodann unseren Fortschritt gegen Osten auf einer Front von etwa 1200 Metern fort. Der Feind bombardierte heftig die Schützengräben, die wir ihm gestern nördlich der Aisne in der Nähe von Moulin sous Touvent abgenommen hatten. Diesem Bombardement, das unsere Artillerie eifrig erwiderte, folgte kein Gegenangriff.

Frenchs Meldung.

London, 9. Juli. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Feldmarschall French berichtet: Der Zustand hat sich nicht geändert, es herrscht eine größere Ruhe. Vor dem Wald Ploegstaert ließen wir unter den deutschen Laufgräben eine Mine springen, wodurch die Brustwehr in einer Länge von 30 Yards vernichtet wurde. Zwei deutsche Flugzeuge wurden genötigt zu landen; das eine gegenüber unserem rechten Flügel durch Geschützfeuer, das andere in der Nähe von Ypern nach einem Luftkampf mit einem unserer Flugzeuge.

Der belgische Heeresbericht.

Le Havre, 9. Juni. (W. T. B.) Amtlicher belgischer Heeresbericht: In der Nacht vom 6. zum 7. Juni und am 7. Juni Geschütz- und Gewehrfeuer auf der Front. Am 7. Juni wurden die nördlich von Dixmuiden gelegenen Schützengräben sowie die Dörfer südlich Stuyvekenskerke und Ramskapelle heftig beschossen. Die belgische Artillerie zerstreute deutsche Arbeiter bei Beersblool.

Die neueste englische Verlustliste.

London, 9. Juni. (W. T. B.) Die neueste Verlustliste weist 70 Offiziere und über 3560 Mann auf.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die russische Generalstabsmeldung.

Petersburg, 9. Juni. (W. T. B.) Der Große Generalstab gibt bekannt: In der Gegend von Szawle unternahm der Feind, der sich verstärkt und eine neue Aufstellung eingenommen hatte, einen hartnäckigen Angriff in der Richtung auf Bubis. Am 7. Juni räumten unsere Truppen dieses Dorf und versammelten sich in einer Stellung vor Szawle.

An der unteren Dubissa entwickelt sich unser Vormarsch in befriedigender Weise. Am linken Weichselufer nördlich von Rawa benutzten die Deutschen die günstige Windrichtung und versuchten, unsere Truppen mit Stickgasen zu vergiften.

In Galizien dauert der hartnäckige Kampf auf dem linken Ufer der Wisznia fort. Dort gelang es dem Feinde am 6. Juni, unsere Truppen zurückzudrängen. Nichtsdestoweniger machten wir daselbst bei Gegenangriffen ungefähr zweitausend Gefangene.

An der Dnjestrfront fanden am 6. und 7. Juni zwischen den Flüssen Tismienica und Lukwa Kämpfe statt. Die Angriffe des Feindes gegen unsere Stellungen am rechten Ufer des Dnjestr zwischen Ugarstberg und Jidaczow blieben erfolglos. Bei Jidaczow machten wir etwa dreihundert Gefangene, darunter sechs Offiziere, und erbeuteten zwei Maschinengewehre. Bei Jurawno drangen die feindlichen Streitkräfte, die Verstärkungen erhalten hatten, im Walde bis zur Eisenbahn vor. Am rechten Ufer des Dnjestr gerieten die Deutschen in der Gegend des Dorfes Siwka in einen Hinterhalt. Sie wurden in dichter Reihe mit einem Kugelregen überschüttet und sodann durch einen raschen Bajonettangriff niedergemacht. Ungefähr zweihundert Deutsche wurden getötet und einige Dutzend gefangen. Zwischen Siwka und Lukwa wiesen wir einen feindlichen Angriff ab.

Der Seekrieg.

Der U-Boots-Krieg.

Rotterdam, 9. Juni. (W. T. B.) Der „Rotterdamsche Courant" meldet aus London: Die Bark „Superb", auf dem Wege von Buenos Aires nach Queenstown, mit 2200 Tonnen Getreide wurde 50 Meilen westlich von Fastnet durch eine Bombe zum Sinken gebracht, nachdem die Besatzung das Schiff verlassen hatte. Der Dampfer „Glitterand", mit Holz unterwegs von Schweden nach Hartlepool, wurde gestern durch ein Tauchboot angegriffen. Er versuchte vergeblich zu entkommen. Nachdem der Besatzung ein Termin von 10 Minuten gegeben worden war, wurde das Schiff versenkt.

Rotterdam, 8. Juni. (W. T. B.) Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London: Am 5. Juni tauchte dicht neben dem Fischdampfer „Arctic" ein deutsches U-Boot auf. Durch Geschützfeuer wurden der Schiffer und einige Leute der Besatzung getötet. Fünf Ueberlebende wurden, nachdem sie zwölf Stunden umhergetrieben waren, durch einen anderen Fischdampfer aufgenommen.

Amsterdam, 9. Juni. (W. T. B.) Hiesigen Blättern zufolge ist ein Ymuider Fischdampfer bei der Doggerbank in die Luft geflogen. Von der Besatzung wurde nichts mehr gesehen. Der Fischdampfer „Rijndam" gilt als verloren. Wegen der Fischdampfer „Texel 1" und „Irene" herrscht lebhafte Besorgnis, da sie sich dicht an der englischen Küste in der gefährlichen Zone befanden.

London, 9. Juni. (W. T. B.) (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der Dampfer „Lady Salisbury", der mit Kohlen von Hartlepool nach London fuhr, wurde bei Harwich ohne vorhergehende Warnung torpediert. Mehrere Mann von der Besatzung verloren ihr Leben.

Russischer Unterseebootsangriff.

Berlin, 9. Juni. (W. T. B.) Von Petersburg aus ist am 7. Juni die Meldung verbreitet worden, daß aus den Berichten russischer Küstenposten und im Dienste befindlicher Unterseeboote hervorgehe, daß es gelungen sei, durch in der Fahrtrichtung des Feindes ausgelegte Minen und durch Angriffe russischer Tauchboote drei feindliche Schiffe zu versenken oder zu beschädigen. Hierzu erfahren wir an zuständiger Stelle, daß nur ein Schiff, und zwar ein Kohlendampfer, durch den Torpedo eines feindlichen Unterseebootes versenkt ist. Ein Torpedoboot, das gerade bei diesem Dampfer längsseit gegangen war, wurde durch denselben Torpedo leicht beschädigt und ist inzwischen im Hafen eingelaufen. Im übrigen ist die Nachricht unzutreffend.

Englischer Kriegsschiffsankauf mit italienischer und portugiesischer Hilfe.

Köln, 8. Juni. (W. T. B.) Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Madrid: Die portugiesische Presse überraschte vor drei Tagen ihre Landsleute mit der Nachricht, daß der kürzlich in Italien gekaufte Zerstörer „Liz", neuester Bauart, mit schwerer Geschützbewaffnung und 30,3 Knoten Geschwindigkeit, als ohne Bemannung in den Schiffslisten geführt werde. Die „Liz", die im Tajo mit portugiesischer Flagge lag, hat diese gestern gestrichen und dafür die britische gesetzt unter Aufnahme einer englischen Besatzung. Das Fahrzeug war von Portugal mit englischem Gelde gekauft worden, und zwar im Einverständnis mit Italien, das damals noch Wert darauf legte, neutral zu erscheinen, obschon es längst dem Dreiverband verkauft war.

Der italienische Krieg.

Zum Fliegerangriff auf Venedig.

Rom, 8. Juni. (W. T. B.) Die Agenzia Stefani meldet amtlich: Heute vormittag überflog ein feindliches Flugzeug Venedig und warf Bomben, welche einige Privathäuser leicht beschädigten. Nur eine Frau wurde am Arme leicht verletzt. Ein junges Mädchen wurde durch ein zurückprallendes Geschoß am Kopfe verletzt. Punkte weiter im Innern wurden gleichfalls mit Bomben belegt. Der Schaden beschränkt sich auf einen Toten und mehrere Verwundete.

Die italienischen Bombenwürfe auf Fiume.

Wien, 9. Juni. (W. T. B.) Wie aus Budapest gemeldet wird, wurde durch Bombenwürfe von dem später vernichteten italienischen Luftschiff „Citta di Ferrara" in einzelnen Fabriken der offenen Stadt Fiume Materialschaden verursacht. Der Betrieb wird jedoch in allen beschädigten Werken ungestört fortgesetzt. Im Gebiete von Fiume erlitten einige Personen Verletzungen. Auf dem benachbarten österreichischen Gebiet wurde eine Frau getötet. Die Bevölkerung von Fiume, welche während des feindlichen Angriffs durchaus ruhig geblieben war, nahm die Nachricht von der Vernichtung des Luftschiffs mit großem Jubel auf.

Italienische Bestätigung der Zerstörung des Luftschiffes.

Rom, 9. Juni. (W. T. B.) Amtlich. Am Morgen des 8. Juni überflog eines unserer Lenkluftschiffe Fiume und ließ mehrere Bomben auf Orte militärischen Charakters fallen. Bei der Rückfahrt wurde das Luftschiff durch Motorpanne gezwungen, in der Nachbarschaft der Insel Lussin auf dem Meer niederzugehen und wurde zerstört. Nach Mitteilung des Feindes soll die Besatzung gerettet und gefangen genommen worden sein.

Der türkische Krieg.

Englisch-französische Verluste auf Gallipoli.

Konstantinopel, 8. Juni. (W. T. B.) Nach einem Telegramm von den Dardanellen hatten die Engländer und Franzosen in den Kämpfen bei Ari Burnu in der Nacht vom 5. zum 6. Juni über 2000 Tote. Ihre Verluste in den letzten Kämpfen im Abschnitt von Sedd ül Bahr sind noch bei weitem höher.

Die Agence Milli gegen englische Veröffentlichungen.

Konstantinopel, 8. Juni. (W. T. B.) Meldung der Agence Milli. Eine englische Veröffentlichung vom 1. Juni aus Kairo gibt Erklärungen osmanischer Gefangener wieder, nach denen unser 20., 15. und 56. Regiment so gut wie vernichtet sein sollen, unserem großen Offiziermangel infolge unserer starken Verluste durch Marineoffiziere und Kadetten abgeholfen worden sei und unsere Verluste bis heute bereits 40000 Mann betrügen. Derartigen Erzählungen bis zu dem Grade Glauben beizumessen, daß man sie in amtliche Mitteilungen aufnimmt, wie es der englische Generalstab tut, beweist große Naivität und einen vollständigen Mangel an gesundem Menschenverstand. Um uns nicht auch so lächerlich zu machen, wie es derartige Veröffentlichungen sind, hüten wir uns, Erzählungen der von uns gefangen Genommenen zu veröffentlichen. Unsere Feinde aber bedienen sich angesichts der Unwirksamkeit aller gegen uns verwendeten Waffen der Lüge und Hinterlist, um die Gemüter zu verwirren und die öffentliche Meinung zu täuschen, welche jedoch bald die Wahrheit über die Geschehnisse erfahren wird.

Ein französisches Urteil über die türkische Armee.

Paris, 9. Juni. (T. U.) Ein nach den Dardanellen entsandter Sonderberichterstatter des „Matin" berichtet seiner Zeitung, daß die Franzosen in der zweiten Hälfte des Mai nach äußerst harten und blutigen Kämpfen an einzelnen Stellen nur wenige hundert Meter vorwärts kommen konnten, und daß ihnen dabei von den Türken schwere Verluste zugefügt wurden. Es sei durchaus falsch, wenn man die Dardanellenexpedition als einen militärischen Spaziergang betrachte. Die türkische Armee sei eine selten tüchtige Truppe, die vornehmlich in der Defensive Hervorragendes leiste. Die Reorganisation der türkischen Armee durch deutsche Offiziere habe glänzende Früchte getragen. Die Verbündeten hätten sich auch davon überzeugen können, daß bei ihren Gegnern durchaus kein Munitionsmangel herrsche, was man in Frankreich immer wieder falsch behaupte. Die Verbündeten hätten allzusehr auf Unterstützung ihrer Flotte gerechnet. Zwar leisten die großen Schiffsgeschütze ausgezeichnete Arbeit, aber ohne die Mitwirkung eines starken Expeditionskorps würde die Flotte keineswegs imstande sein, die Dardanellendurchfahrt zu erzwingen oder auch nur bis Tschanak vorzustoßen. Der Sonderberichterstatter spricht schließlich noch von dem Umfang der deutschen Unterseebootsgefahr, die der Flotte der Verbündeten allergrößte Vorsicht bei den Operationen auferlege.

Der Krieg und die Kolonien.

Eingreifen portugiesischer Truppen in die südwestafrikanischen Kämpfe.

Genf, 9. Juni. (W. T. B.) Die Blätter melden aus Lissabon, daß der Gouverneur von Angola beauftragt worden sei, den südlichen Teil von Angola wieder zu besetzen und zu versuchen, die von den Deutschen eroberten Gebiete wiederzugewinnen. Die portugiesischen Truppen sollen eine neue Aktion vorbereiten.

Unruhen in Abessinien.

Zürich, 9. Juni. (W. T. B.) Nach einer Privatmeldung der „Neuen Züricher Zeitung" aus Mailand wird dort versichert, an der abessinischen Grenze seien ernste Unruhen ausgebrochen. Man rechne mit einem Einfall der abessinischen Stämme in die italienische Kolonie. Die italienischen Truppen wären zu schwach, so daß erhebliche Verstärkungen für einen erfolgreichen Widerstand notwendig sein würden.

Die Politik der neuen englischen Regierung vor dem Unterhause.

London, 8. Juni. (W. T. B.) In der gestrigen Unterhaussitzung fragte Joynson Hicks (Unionist) den Kolonialsekretär, ob er über den in Hongkong entdeckten Plan Mitteilung machen könnte, der von der deutschen Regierung unterstützt würde, um den britischen Handel im fernen Osten völlig zu untergraben. Bonar Law antwortete, solche Gerüchte liefen in Hongkong um; er stehe mit dem Gouverneur in Verbindung, könne jetzt aber nicht mehr sagen. Bonar Law sagte weiter auf eine Frage: Das Geschäft der hauptsächlichsten deutschen Firmen in Nyassaland wird zwangsweise liquidiert; die Angelegenheiten zweier anderer Geschäfte befinden sich in der Prüfung. Redford (liberal) fragte den Unterstaatssekretär des Krieges, was er gegen die „Times" und die „Daily Mail" zu unternehmen gedenke, die den Aufruf Kitcheners um 300 000 Rekruten zu veröffentlichen abgelehnt hätten. Tennant erwiderte, diese Haltung der beiden Blätter habe die Werbung nur gefördert. Kellaway fragte, ob nichts gegen die beiden Blätter geschehen würde, da die Deutschen ihre boshaften Artikel abdruckten, in neutralen Ländern verbreiteten und dadurch großen Schaden anrichteten. Tennant erklärte sich bereit, Beweismaterial entgegenzunehmen. Asquith sagte auf eine Anfrage wegen der britischen Titel und Privilegien der Herzoge von Cumberland und von Albany, diese Frage sei sehr kompliziert; sie werde erwogen. Joynson Hicks (Unionist) fragte, ob der Premier beabsichtige, eine Erklärung über die Politik der neuen Regierung abzugeben. Asquith sagte, er habe augenblicklich seinen früheren Erklärungen nichts hinzuzufügen; wenn jedoch ein allgemeiner Wunsch nach einer Debatte bestehe, solle Gelegenheit dazu gegeben werden. Obrien (unabhängiger Nationalist) fragte, ob der Premier den Wunsch der irischen Vertreter in dieser Sache kenne, und ob nicht die Meinung Irlands in der Frage der Unterdrückung einer Debatte hinsichtlich eines der grausamsten Schläge, die Irland jemals erlitten habe, maßgebend sein müßte. Asquith sagte, er begünstige nicht eine Unterdrückung der Debatte, eine umfassende Erklärung über die Politik der Regierung werde demnächst gegeben werden. Sir John Simon brachte eine Bill über die Errichtung eines Ministeriums für Kriegsmunition ein, dessen Aufgabe die Lieferung von Munition im gegenwärtigen Kriege sein würde; der Minister werde die Pflicht haben, sich mit allen Arbeiterfragen, die in Verbindung mit allen Arten von Munition entstehen könnten, zu beschäftigen. Das Ministerium sei ein vorübergehendes Amt und werde 12 Monate nach Schluß des Krieges aufgehoben werden; die Beamten des Ministeriums würden teils aus Geschäftsleuten, teils aus abkommandierten Beamten anderer Ministerien bestehen. Eine Kommission, in der Vertreter der Admiralität und des Kriegsamtes sowie Industrielle sitzen würden, werde dem Minister zur Seite stehen. Der neue Minister werde, sobald er seinen Sitz im Hause einnehmen könne, eine Erklärung über Organisation und Politik seines Ministeriums abgeben. Simon sprach sich gegen eine Debatte über die Schaffung dieses Ministeriums aus. Chaplain (Unionist) und Cornwall (Liberal) erklärten ihre Zustimmung zu der Bill. Pringle (Liberal) sagte, diese Bill übertrage dem neuen Minister eine absolut unbeschränkte Macht; da die Kompetenz des Ministers erst durch Königliche Verordnung bestimmt werden solle, so werde er die Macht eines Diktators erlangen. Der Redner kündigte an, daß er die Kommissionsberatung beantragen werde, daß die Kompetenz des Ministers nicht durch Königliche Verordnung, sondern durch Gesetz festgestellt werden solle. Wenn ein staatlicher Zwang für die Arbeiter eingeführt werden solle, so müsse dies durch ein Gesetz geschehen. Snowden (Arbeiterpartei) fragte, ob die Annahme dieser Bill den Minister für Munition ermächtigen würde, die in Manchester angekündigte Politik auf Grund Königlicher Verordnung ohne Kontrolle des Parlaments durchzuführen. Wenn versucht werden sollte, den Arbeitern einen Arbeitszwang aufzuerlegen, könne er der Regierung energische Opposition in Aussicht stellen. Dillon (Nationalist) verlangte eine offene Erklärung, welche Machtbefugnisse die Regierung dem neuen Minister übertragen wollte: Sie könnte offenbar benutzt werden, um die Sklaverei einzuführen. Es wäre schrecklich, wenn ein Preußentum in diesem Lande eingeführt würde. Crooks (Arbeiterpartei) sagte, wenn die Bill dazu benutzt werden sollte einen staatlichen Zwang für die Arbeiter einzuführen, würde das Land sie nicht dulden. Hobhuse (Liberal) wandte sich ebenfalls gegen die Einführung staatlichen Zwanges. Staatssekretär Simon erklärte mit Zustimmung Asquiths, daß die Bill nichts Derartiges beabsichtige. Jones (Liberal) sagte, diese Debatte habe der Regierung eine gute Lehre gegeben, und verlangte häufigere Debatten. Duke (Unionist) wandte sich entschieden gegen eine Erörterung der Bill. Lough (Liberal) betonte, daß das Haus das Recht habe, die Bill zu erörtern. Dolziel (Liberal) trat ebenfalls für eine Debatte ein und sagte: Wenn in den letzten 10 Monaten mehr Debatten stattgefunden hätten, würden die Umstände jetzt anders sein und die Notwendigkeit einer solchen Bill niemals hervorgetreten sein. Die letzte Regierung hat an zu viel Vertrauen und zu wenig Kritik gelitten. In der nun folgenden Debatte sprachen Thomas (Arbeiterpartei), Terrell und Sanderson (Unionisten) gegen die Einführung staatlichen Zwanges in den Munitionsfabriken.

Die englischen Arbeitervertreter gegen den Arbeitszwang.

Amsterdam, 9. Juni 1915. (Privattelegramm des „Vorwärts".)

Die am Montag im englischen Unterhaus stattgehabte Debatte über eine Vorlage des Ministeriums betreffs Munitionsbeschaffung bewies, daß die Mehrzahl der Arbeiterparteiler ihre Freiheit der Kritik nicht gegen ihre Portefeuilles verkauft haben. In die Debatte griffen mehrere Arbeiterparteiler ein, um gegen etwaige Arbeitszwangsprojekte zu protestieren.

Snowden erklärte sich für Annahme der Forderung, wenn die Regierung eine befriedigende Erklärung bezüglich des Arbeitszwanges abgebe. Der Woolwicher Abgeordnete Crooks sagte, die Bewilligung des Arbeitszwanges würde der größte Fehler in der Geschichte des Unterhauses sein. Der Liberale Outhwaite erklärte, daß die Antastung der Gewerkfreiheit eine Revolte in der Arbeiterschaft hervorrufen würde, die natürlich ihre Wirkung auch in den Schützengräben nicht verfehlen würde. Der Nationalist Dillon legte dar, daß man ein sechzigjähriges liberales Werk nicht zerstören und zur Bekämpfung des preußischen Militarismus diesen selben Militarismus nicht in England einpflanzen dürfe. John Simon vom Ministerium des Innern antwortete in Asquiths Vollmacht, daß die Vorlage nichts von einem Arbeitszwang enthalte. Wenn die Regierung Spezialvollmachten für notwendig halte, werde sie diese dem Parlament unterbreiten.

Freisprechung eines deutschfreundlichen irischen Pamphletisten.

London, 9. Juni. (W. T. B.) „Daily News" melden: Ein angeklagter Ire ist von der Jury freigesprochen worden. Er hatte auf einem Plakat und in Flugschriften gesagt: Wenn die Deutschen kommen, werden sie als Freunde kommen und die englische Herrschaft in Irland beenden. Unterstützt die deutschen Truppen, soweit ihr könnt. Die deutsche Regierung wünscht die Wohlfahrt des irischen Volkes. Deutschland kämpft für die Befreiung des Meeres, und wenn es siegt, wird es auch Irland befreien.

Erhöhung der Kindersterblichkeit durch den Krieg.

London, 8. Juni. (W. T. B.) Die Kindersterblichkeit in London ist während des letzten Vierteljahres um 200 Fälle wöchentlich im Vergleich zum Vorjahre gestiegen. Die Geburtenziffer ist um 400 bis 500 wöchentlich gegen den Durchschnitt der letzten fünf Jahre gesunken. Eine Ursache ist der Mangel an Zivilärzten und Pflegerinnen, die andere ist die stärkere Beschäftigung der Frauen in der Industrie.

Hervé für das „Recht auf Wahrheit".

Paris, 8. Juni. (W. T. B.) In einem „Das Recht auf Wahrheit" überschriebenen Artikel tritt Hervé in der „Guerre Sociale" gegen die Art auf, wie das französische Publikum über die Ereignisse unterrichtet wird. Er bedauert, daß die Zensur nur Günstiges für die Alliierten und Ungünstiges für die Zentralmächte zulasse, besonders aber, daß der Abdruck der deutschen, österreichisch-ungarischen und türkischen Tagesberichte untersagt sei. Man hätte sonst vermeiden können, daß der Fall von Przemysl Ueberraschung und große Bestürzung hervorriefe. Er könne nur die Achsel zucken, wenn er sehe, wie die französischen Agenturen phantastische deutsche Verlustziffern veröffentlichten, und wenn er dem gegenüberstelle, daß seit Kriegsausbruch die französischen Verluste systematisch verheimlicht würden. Ein großer Fehler sei auch die Abfassung der französischen amtlichen Berichte. Es vergehe kaum ein Tag, wo nicht eine schwere Schlappe der Deutschen, die Gefangennahme zahlreicher Deutscher, die Eroberung feindlicher Schützengräben, Häuser und Mühlen gemeldet werde, aber nur selten finde man ein Eingeständnis französischer Verluste. Allmählich erkenne die Oeffentlichkeit, daß die französischen Verluste schwer sein müßten, und daß man ungefähr auf demselben Flecke stehe, wie im November. Durch solches Verfahren werde man endlich erreichen, daß kein Mensch mehr ein Wort der amtlichen Berichte glaube, und daß das Vertrauen des französischen Volkes getötet werde.

Eine Schwindelnachricht.

Bern, 9. Juni. (W. T. B.) Meldung der Schweizerischen Depeschenagentur: Von ermächtigter Seite wird bestätigt, daß die von einigen Zeitungen gebrachte Nachricht über einen Anschlag auf das Gebäude der deutschen Gesandtschaft in Bern kein wahres Wort enthält.

Internierung erholungsbedürftiger Kriegsgefangener in der Schweiz?

Bern, 9. Juni. (W. T. B.) Zu der Meldung über die Internierung erholungsbedürftiger Kriegsgefangener in der Schweiz erfährt der „Bund": Die Nachricht, welche in der Hauptsache dem Blatte „La Croix" in Paris entnommen ist, ist teilweise ungenau, teilweise unrichtig. Richtig ist, daß der Bundesrat der Idee günstig gegenübersteht. Keine Einzelfrage war bisher Gegenstand irgendwelcher diplomatischer Verhandlungen.

Keine Ausschreitungen gegen Italiener in Stuttgart.

Stuttgart, 9. Juni. (W. T. B.) Italienische Blätter haben verbreitet, daß hier Häuser von Italienern angezündet worden seien. Augenscheinlich wird diese Behauptung ausgestreut, um italienische Ausschreitungen gegen deutsches Eigentum in Italien zu rechtfertigen, vielleicht auch, um zu solchen Ausschreitungen zu ermuntern. Demgegenüber ist festzustellen, daß die von den italienischen Blättern gemeldete Beschädigung italienischer Häuser in Stuttgart nicht stattgefunden hat.

Wirtschaftliche Kriegsfürsorge in Oesterreich.

Wien, 8. Juni. (W. T. B.) Der Ausschuß des Beirates der Kriegsgetreideverkehrsanstalt für Vorsorgen betreffend die neue Ernte hat einstimmig einen Antrag angenommen, nach welchem die neue Ernte für die Bedürfnisse der Bevölkerung gesichert und jeder Spekulation und unrationellen Verwertung entzogen werden soll. Hierzu wäre die gesamte Ernte von Staatswegen zu beschlagnahmen, mit Ausnahme des Eigenbedarfs der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Zur Durchführung dieser Aufgabe sei die Kriegsgetreideverkehrsanstalt berufen. Es sei dringend notwendig, daß auch der Heeresbedarf bei der Kriegsgetreideverkehrsanstalt angesprochen und durch sie aufgebracht werde. Eine zweckmäßig durchgeführte individuelle Aufnahme der Ernteflächen und Ernteerträge wäre ehestens einzuleiten. Die Regierung wird aufgefordert, Verhandlungen mit Ungarn einzuleiten, um den Reichsratsländern den statistischen Durchschnitt der Importe des letzten Jahres zu sichern. Die Verbrauchsregelung sei aufrechtzuerhalten und die tägliche Verbrauchsmenge im Rahmen des Ernteertrages zu erhöhen. Die Kleie sei für die Viehhaltung zu sichern.

Die neue holländische Wehrvorlage.

Der Kriegsminister hat jetzt die Gesetzesvorlage zur Erweiterung der Armeereserve eingereicht, die er vor einigen Wochen schon in der Zweiten Kammer ankündigte und die Antwort ist auf die Adresse der „vornehmen Bürger" (Generäle, Bankiers, Industriellen), welche die allgemeine Uebungspflicht forderten. Die Vorlage geht nicht so weit; sie gibt der Regierung aber große Machtmittel in die Hand, in der erstrebten Richtung zu wirken. So verleiht sie der Regierung die Befugnis, alle Männer zwischen dem 20. und 40. Lebensjahr, die bisher von der Militärpflicht befreit waren und sich bei ärztlicher Prüfung als tauglich erweisen, zur Uebung einzuziehen. Die Regierung teilt mit, sie beabsichtige nicht, sogleich für alle Betroffenen diese Befugnis auszunützen, sondern mit den jüngeren anfangend die verschiedenen Jahrgänge nacheinander aufzurufen, „in dem Maße, als die Umstände es möglich machen", d. h. soweit genügend Uebungspersonal und genügend Gewehre vorhanden sind. Je nachdem neue Soldaten in dieser Weise in genügender Zahl ausgebildet sind, werden dann die ältesten Jahrgänge der jetzt mobilisierten Truppen nach Hause geschickt. Diese letztere Bestimmung ist gewiß ein starker Anziehungspunkt der Vorlage, die aber trotzdem die Möglichkeit einer großen Erweiterung der Armee offen hält und auch eine große Erhöhung der finanziellen Lasten bedeutet, wenn nicht die Uebungszeit, die jetzt acht Monate beträgt, erheblich herabgesetzt wird. Darüber aber steht nichts in der Vorlage, die überhaupt so kurz und trocken ist, daß man sich über ihre Wirkung noch kaum eine Vorstellung machen kann.

Forderungen zur Hebung der russischen Wirtschaftslage.

Petersburg, 8. Juni. (W. T. B.) Der Kaiserliche Technische Verein überreichte dem Ministerium eine Denkschrift, in der der Tiefstand der russischen Industrie und ihre Unfähigkeit, den Bedürfnissen des Heeres und der Bürgerschaft gerecht zu werden, ausführlich dargelegt wird. Hierzu käme die Desorganisation des russischen Handels und das völlige Versagen der russischen Verkehrsmittel. Die Denkschrift verlangt, um die Mängel zu beseitigen, freie Betätigung aller Bürger ohne Rücksicht auf den Glaubensunterschied sowie persönliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Betätigung auf festen rechtlichen Normen, die Rußland fehlten. Eine Reform der Industrie sei nur möglich durch allgemeine Schulbildung, Hebung des allgemeinen Wohlstandes, Verbesserung der Finanzwirtschaft des Staates und Vermehrung der landwirtschaftlichen Produktion.

Bündnis Rumäniens mit den Zentralmächten.

Ueber das von uns bereits gemeldete Bündnis Rumäniens mit den Zentralmächten schreibt Professor O. Hoetzsch in der „Kreuz-Zeitung", es sei 1883 vom König Karl und seinem Minister Jon Bratianu, dem Vater des heutigen Ministerpräsidenten, nach den Septemberverhandlungen des letzteren mit Bismarck und Kalnoki geschlossen worden.

„Die folgenden rumänischen Machthaber haben an diesem Vertrage festgehalten, der bis 1920 läuft; die letzte Erneuerung ist von Majorescu unterschrieben. Authentisches über den Inhalt dieses Vertrages ist noch nicht bekannt geworden. Er dürfte eine reine Defensivallianz sein, deren Artikel 1 im Kriegsfalle zu wohlwollender Neutralität verpflichten soll. Ob dieser Vertrag, durch den Rumänien im System der europäischen Mächte die vom König Karl für richtig gehaltene und gewünschte Stelle einnahm, heute noch zu halten sei, darum geht eben der Streit der Parteien. Wir glauben natürlich nicht, daß er an sich übermäßig viel bedeuten wird. Aber immerhin ist es gut, an diese Beziehungen zu erinnern, die auf den Entschluß des Königs und seiner Berater doch von Einfluß sein werden, und von denen wir heute nur bedauern können, daß sie im Laufe der letzten sechs Jahre von den Zentralmächten nicht so ausgebaut und befestigt worden sind, daß die Haltung Rumäniens bei Beginn des Krieges gar nicht zweifelhaft sein konnte."

Wir teilen das Bedauern Prof. Hoetzschs, glauben aber nicht, daß der von ihm gerügte Mangel isoliert und unabhängig von der gesamten äußeren Politik der Zentralmächte betrachtet werden kann

„Wir Heiden sind doch bessere Menschen!"

In einer am Fronleichnamstage in Essen stattgefundenen Kriegs-Missionsversammlung wurde über die Einwirkung des Weltkrieges auf die Missionen in den Heidenländern berichtet. Es ist natürlich, daß durch den Krieg die Missionsarbeit schwer gefährdet worden ist. Dafür brachte Herr Universitätsprofessor Dr. Schmidlin eine Reihe von Beispielen vor. Die praktische Missionsarbeit sei so gut wie unterbunden.

„Noch tiefer sind die schweren geistigen und moralischen Wunden, die der Krieg dem Missionswesen geschlagen hat. Die Stoßkraft des Christentums wurde gelähmt durch den Krieg, der Widerstand des Heidentums dagegen gestärkt. Die Japaner wollen vom Christentum nichts mehr wissen, weil es den Weltkrieg nicht verhindern konnte. Ein Chinese äußerte sich einmal: Wenn die europäische Zivilisation nichts anderes erreicht, als daß sie immer neue und immer schlimmere Mordinstrumente hervorbringt, dann wollen wir lieber Barbaren bleiben."

Als zweiter Redner sprach der Bischof Doering S. J. von Poona in Indien. Er behandelte die Heidenmission in Indien, die in den letzten Jahren erhebliche Erfolge zu verzeichnen hatte:

„Da kam der Krieg und warf uns um Jahre, ja, um Jahrzehnte zurück. Groß sind die moralischen Schäden des Krieges. Die Bekehrung der Heiden knüpfte sich gewöhnlich an eine Liebestätigkeit unter ihnen an. Wenn z. B. in der Zeit der Pest die Heiden sahen, daß die katholischen Missionare allein bei ihnen ausharrten, wenn alle sie verließen, dann wurden sie durch dieses Verhalten der Missionare zur katholischen Religion hingezogen und schließlich für sie gewonnen. Im Kriege sehen sie nun das Gegenteil von Liebe, sie sehen, wie die europäischen Mächte, diese Kulturvölker, sich gegenseitig zerfleischen und immer neue und grauenhaftere Mordwerkzeuge erfinden. Das muß Eindruck auf die Heiden machen. Wenn wir nach dem Kriege zurückkehren, werden wir Missionare ganz sicher hören müssen: Reformiert ihr Christen nur zuerst euch selber, wir Heiden sind besser als ihr."

Letzte Nachrichten.

Zum Untergang der „Casablanca".

Smyrna, 9. Juni. (W. T. B.) Das türkische Blatt „Koejsue" gibt eine Schilderung des Unterganges des französischen Minenlegers „Casablanca", der zwischen den Inseln Koestem und Hekim vor der Einfahrt in den Golf von Smyrna versank. Das Blatt erklärt, daß das Schiff wahrscheinlich auf eine der Minen geraten sei, die es zwischen den beiden Inseln ausgestreut habe und so ein Opfer der von ihm selbst gelegten Fallen geworden sei. Ein Leichnam sei an die kleinasiatische Küste gespült worden. Von Gefangenen spricht der Bericht nicht.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Die Gothaer Parteiorganisation nahm in ihrer letzten Versammlung ein Referat des Reichstagsabgeordneten Bock entgegen über das Verhalten der Reichstagsfraktion während der Kriegszeit. Die Versammlung war mit den Ausführungen des Referenten, der die Auffassung der Minorität vertrat, einverstanden. Von einer Beschlußfassung wurde Abstand genommen.

Eine Vertrauensmännerkonferenz für den Wahlkreis Darmstadt-Groß-Gerau beschäftigte sich zunächst mit der Entgegennahme des Jahresberichts. Daraus ging hervor, daß die Parteiorganisation, wenn ihr auch tiefe Wunden geschlagen wurden, doch den Krieg überdauern wird. Das gleiche gilt für die Presse. Sodann hielt der Abgeordnete des Kreises, Gen. Quessel, ein Referat, in dem er die Haltung der Reichstagsfraktion verteidigte. In der lebhaften Diskussion erklärten sich sämtliche Redner mit der Haltung der Fraktion einverstanden. Von einer Beschlußfassung wurde Abstand genommen.

Aus Industrie und Handel.

Die Ernteaussichten.

Durch die Tagespresse gehen gegenwärtig Betrachtungen über die Aussichten der diesjährigen Getreideernte, die sich über den Stand der Saaten in günstigem oder weniger günstigem Sinne äußern. Vor derartigen Berichten möchten wir dringend warnen, da die Unterlagen, auf denen die Berichte aufgebaut sind, zu ungenügend sind, um die Ernteaussichten feststellen zu können. Wir sollten eigentlich aus den Erfahrungen, die wir mit der Ernte und den Vorratsstatistiken des Jahres 1914/15 gemacht haben, gelernt haben, etwas vorsichtiger mit dem Aufstellen von Behauptungen vorzugehen und einzusehen, daß wir über diese für die Preisbildung und die Verproviantierung des Volkes so wichtigen Dinge noch recht wenig wissen, daß selbst die amtlichen Aufnahmen alles eher als einwandfrei sind. Das ist zwar alles schon vor dem Kriege gesagt worden, es ist während des Krieges auf diese Mangelhaftigkeit unseres Wissens hingewiesen und gewarnt worden, die bei den Ermittlungen sich ergebenden Resultate ernst zu nehmen, aber es hat alles nichts genützt; man hat sich um eine derartige Aufklärung nicht gekümmert und steht nun Ueberraschungen gegenüber, die auf dem Kartoffelmarkt besonders mißlich sind. Nicht einmal die amtlichen Saatenstandsberichte sind zutreffend, und sie können nicht zutreffend sein, wie die Erfahrungen in den Friedensjahren hinlänglich gezeigt haben. Es muß eine Aufgabe der kommenden Friedensjahre sein, die landwirtschaftliche Statistik zu verbessern und weiter auszubauen. Für die Kriegszeit wäre es aber immerhin sehr wünschenswert, wenn die amtlichen Saatenstandsberichte, so irrig sie auch bis zu einem gewissen Grade sein mögen, nicht zurückgehalten, sondern bekanntgegeben würden. Sie böten für die Beurteilung der Ernteaussichten auch in ihrer Ungenügendheit noch immer eine bessere Grundlage als die gelegentlichen Beobachtungen von „Sachverständigen", deren Gesichtskreis notwendigerweise ein kleiner sein muß. Man bedenke, daß alle am Getreidemarkt Interessierten sich eine Vorstellung über die Ernteaussichten machen und machen müssen. Je besser und breiter die Wissensgrundlage ist, auf der diese Vorstellung aufgebaut werden kann, desto günstiger und zutreffender wird die Preisbildung auf dem Getreide-, Mehl- und Brotmarkt beeinflußt, während im umgekehrten Falle den Preistreibereien Tür und Tor geöffnet wird. Die falschen Einschätzungen der Ernteergebnisse, der Vorräte, des Bedarfs und des Verbrauchs im Jahre 1914/15 waren der Boden, auf dem Preistreibereien wuchern mußten. Es ist einseitig, die Personen, die dabei viel verdient und gewonnen haben, verantwortlich machen zu wollen. Sorgen wir lieber dafür, daß den Preistreibereien der Boden, auf dem sie gedeihen können, soviel wie möglich entzogen wird. Dies kann einzig und allein dadurch geschehen, daß wir unser ganz ungenügendes Wissen über Verbrauch und Bedarf, Vorräte, Ernteergebnisse und Saatenstand verbessern und das Dunkel aufhellen, das die Preisbildung stets und ständig zum Nachteil der Konsumenten beeinflussen muß. Hüten wir uns daher vor Prognosen, die auf Grund ganz vereinzelter Beobachtungen gewonnen sind, aber viel Unheil auf dem Warenmarkt anrichten können, da sie ganz unkritisch hingenommen werden und um so eher geglaubt und propagiert werden, je mehr sie dem Interesse der Verkäuferschichten entsprechen.

Die Kohlenpreissteigerung unberechtigt.

Der Vorsitzende der anhaltischen Handelskammer, Kommerzienrat Richter, führte einem soeben erschienenen offiziellen Bericht zufolge in der letzten Plenarsitzung der Kammer aus, daß der Bitterfelder Braunkohlenverkaufsverein seinen Abnehmern mitgeteilt habe, daß wegen Arbeitermangels und der dadurch herbeigeführten Erhöhung der Gestehungskosten eine Einschränkung der Kohlenlieferung und eine Erhöhung der Preise habe eintreten müssen. Um eine Ueberlassung von Kriegsgefangenen an die anhaltischen und die Bitterfelder Kohlengruben zu erreichen, habe unter dem Vorsitz des Redners eine Konferenz stattgefunden, bei der der Verkaufsverein, Vertreter der anhaltischen Gruben und der Adjutant des Zerbster Garnisonkommandos zugegen waren. Hier sei eine Einigung über vorher strittige Punkte erzielt worden, namentlich über die Art der Entlohnung und darüber, daß das Garnisonkommando von der Uebernahme der Verantwortung für die sorgfältige Ueberwachung der Gefangenen durch die Gruben absehe. Die Gruben hätten aber trotz dieser Einigung mit einer Ausnahme nachher auf die Ueberlassung von Gefangenen verzichtet, und zwar mit der Begründung, daß einmal die Kosten zu hoch seien und daß zweitens sie die Hoffnung hätten, nach Schluß der Zuckerkampagne genügend Arbeiter zu bekommen. Da aber die Gruben immer noch unter Hinweis auf Arbeitermangel Preiserhöhungen verlangen, die Bedingungen der Heeresleitung aber durchaus nicht mehr unannehmbar seien, forderte der Handelskammervorsitzende die Mitglieder auf, diesem Beginnen entschieden entgegenzutreten.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 10 der kaiserlichen Schutztruppen wird veröffentlicht.

Die Verlustliste Nr. 244 der preußischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Stab der 33. Inf.-Div. und der 32. Inf.-Brigade; 1. Garde-Reg. z. F.; Garde-Grenadier-Regimenter Alexander, Elisabeth und Nr. 5; Lehr-Inf.-Reg.; Grenadier-, bzw. Inf.-, bzw. Füsilier-Regimenter Nr. 5, 7, 11, 14, 16, 17, 19, 20, 21 (siehe Ers.-Inf.-Reg. Keller), 26, 30, 31, 34, 35, 36, 41, 42, 46, 47, 48, 50 (siehe Ers.-Inf.-Reg. Keller), 54 bis einschl. 58, 65, 66, 67, 69, 70, 74 bis einschl. 79, 82, 85, 86, 89, 91, 92, 93 (siehe auch Res.-Inf.-Reg. Nr. 237), 94, 96, 97, 99, 109, 110, 113, 115, 116, 117, 132, 137, 140, 148, 150, 151, 155 (siehe Ers.-Inf. Reg. Keller), 164, 165, 166, 167, 169, 172, 176; Res.-Inf.-Regimenter Nr. 5, 7 (siehe auch Ers.-Inf.-Reg. Keller), 8, 15, 18, 21 (siehe Ers.-Inf.-Reg. Keller), 23, 26, 27, 29, 35, 39, 48, 49, 56, 65, 66, 71, 74, 76, 78 bis einschl. 83, 90, 93, 99, 116, 201, 204, 221, 222, 224, 225 (siehe auch Inf.-Pionier-Komp. der 49. Inf.-Div.), 226, 227 (siehe auch Inf.-Pion.-Komp. der 49. Inf.-Div.), 228, 229, 235, 237, 252, 254; 1. und 2. Feld-Reg.; Ersatz-Inf.-Regiment der 10. Landwehr-Div. sowie Regimenter Keller und Königsberg III; Reserve-Ersatz-Inf.-Reg. Nr. 4; Landwehr-Inf.-Regimenter Nr. 3, 4, 6, 18 (siehe auch Landw.-Inf.-Reg. Nr. 81), 19, 21, 27, 31, 32, 34, 35, 47, 48, 49 (siehe 2. Feld-Reg.), 55, 61, 65, 66, 73, 75, 77, 78, 80, 81, 82, 84, 99, 100, 110, 116 und v. Gundlach; Landwehr-Ersatz-Inf.-Reg. Nr. 3; Ueberplanmäßiges Landwehr-Inf.-Bat. Nr. 3 des 4. Armeekorps (siehe Landw.-Inf.-Reg. v. Gundlach); Brigade-Ersatz-Bataillone 2. Nr. 5, Nr. 8, 10, 13, 14, 15, 16, 25, 37, 41, 50, 55, 79, 83, 86; Landwehr-Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 38, 48 (siehe Landw.-Ersatz-Inf.-Reg. Nr. 3); Landsturm-Inf.-Bataillone I Bitsch, 1. Coblenz (VIII. 9.), II Cöln (VIII. 14), 1 Deutsch-Eylau, Gnesen (siehe 2. Feld-Reg.), Gruppe Kreuzburg, II Münster, I Schlawe (XVII. 11.), II Stolp (XVII. 13.), 1 Tilsit (I. 1.), Woldenberg; Etappen-Hilfskomp. Nr. 33; Etappen-Sammelkomp. Nr. 18 der 10. Etappen-Inspektion; Reserve-Jäger-Bataillone Nr. 4, 6; Reserve-Radfahrer-Komp. Nr. 81; Feld-Maschinengewehr-Komp. der 29. Inf.-Div. (siehe Inf.-Reg. Nr. 113); Maschinengewehr-Komp. Reichelt (siehe Landst.-Inf.-Bat. 1 Tilsit (I. 1.); Feld-Maschinengewehr-Züge Nr. 23 (siehe Res.-Inf.-Reg. Nr. 81), 75 (siehe Res.-Inf.-Reg. Nr. 222), 110 (siehe Inf.-Reg. Nr. 74), 111 (siehe Inf.-Reg. Nr. 91), 120 (siehe Inf.-Reg. Nr. 79).

Stab der 5. Kavallerie-Div.; 2. und 3. Garde-Ulanen; Kürassiere Nr. 8; Grenadiere zu Pferde Nr. 3; Dragoner Nr. 15, 20; Husaren Nr. 15; Ulanen Nr. 7 (siehe auch Stab der 32. Inf.-Brig.), 8, 16; Jäger zu Pferde Nr. 12 (siehe Stab der 33. Inf.-Div.); Ersatz-Reg. der 4. Landwehr-Div.; 1. mobile Ersatz-Eskadron des 20. Armeekorps; Eskadron der 4. Ersatz-Div.; Reserve-Abt. Nr. 80.

Feldartillerie: 4. Garde-Reg.; Regimenter Nr. 1, 3 (siehe Feldart.-Reg. Nr. 112), 38, 47, 61, 72, 112; Reserve-Regimenter Nr. 3, 10, 15, 44, 45, 51.

Fußartillerie: 2. Garde-Reg.; Regimenter Nr. 7, 26, 33; Reserve-Regimenter Nr. 2, 4, 7, 8, 17; Bataillone Nr. 39, 58; Reserve-Bat. Nr. 24; Landwehr-Bataillone Nr. 8, 9.

Pioniere: Regimenter Nr. 30, 31; Bataillone II. Nr. 3, I. Nr. 7, I. Nr. 9, I. Nr. 15, III. Nr. 16, II. Nr. 21 (siehe Pion.-Reg. Nr. 31); Kompagnien Nr. 107, 108; Reserve-Kompagnien Nr. 49, 52; Inf.-Komp. der 49. Inf.-Div.; 1. Landwehr-Komp. des 11., 2. des 18. und 6. Landsturm-Komp. des 3. Armeekorps; Sturm-Abt.

Armee-Telegraphen-Abt. Nr. 5; Fernsprech-Abt. des 8. Armeekorps.

Train-Ersatz-Abt. Nr. 5; Fuhrparkkolonnen Nr. 1 des Garde-Reservekorps, Nr. 7 des 11. Armeekorps und Nr. 80 der 8. Etappen-Inspektion; Magazin-Fuhrparkkolonnen Nr. 87 der 8. Armee, Nr. 2 des 1. Armeekorps und Nr. 129 (ohne nähere Bezeichnung); Etappen-Fuhrparkkolonnen Nr. 1 des 20. Armeekorps und Nr. 17 (ohne nähere Bezeichnung). Hilfsbäckereikolonne Nr. 9 des 7. Armeekorps.

Feldlazarett Nr. 2 der 52. Inf.-Div.; Landwehr-Feldlazarett Nr. 27; Feitungslazarett Nr. 1 Mainz; Reservelazarett Nr. 4 Bonn und Reservelazarett Dieuze.

Armierungs-Bataillone; Arbeiter-Komp. Nr. 98.

Kriegsbekleidungsämter.

* * *

Der Schluß der sächsischen Verlustliste Nr. 155 wird veröffentlicht, deren Inhalt wir bereits gestern mitteilten.

Die württembergische Verlustliste Nr. 196 meldet Verluste des Stabes der 26. Reserve-Div.; Reserve-Inf.-Reg. Nr. 121; Grenadier-Reg. Nr. 123; Inf.-Regimenter Nr. 124, 127, 180; Reserve-Inf.-Regimenter Nr. 247, 248.

Feldart.-Reg. Nr. 13.

Fernsprechzug Nr. 27.

Deutsches Theater
Kammerspiele
Drei letzte Aufführungen!
8¼: „Der Weibsteufel".
Lucie Höflich
Klein — Richard

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr: Flandern und der Krieg.

Theater für Donnerstag, den 10. Juni.

Berliner Theater
8 Uhr: Extrablätter!
Deutsches Künstler-Theater
8¼ Uhr Die Schöne vom Strand
Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
7 Uhr: Parsifal
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater
8¼ U.: Z. I. M.: Eine unmögliche Frau.
Kleines Theater
8¼ U.: Scherz, Satire, Ironie u. tiefere Bedeutung
Lustspielhaus
8¼ U.: Herrschaftl. Diener gesucht
Lessing-Theater
8 Uhr: Datterich.
Montis Operetten-Theater
8 Uhr: Hoheit tanzt Walzer
Schiller-Theater O.
8 Uhr: Der blinde Passagier

Schiller-Th. Charlottenbg.
8 Uhr: Wohltäter der Menschheit
Thalia-Theater
8 Uhr: Alt-Berliner Possen-Abend: Das erste Mittagessen. Hermann und Dorothea. Guten Morgen, Herr Fischer!
Theater am Nollendorfpl.
8¼ U.: Immer feste druff!
Theater des Westens
8 Uhr: Der brave Fridolin
Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr: Die fünf Frankfurter
Trianon-Theater
8¼ Uhr Die Heiratsschule
Volksbühne. Theater am Bülowplatz
8¼ Uhr Die Lokalbahn. Hierauf: Die Medaille

Palast Theater am Zoo
Tägl. 8 Uhr. Sonntags 3½ u. 8 Uhr
Ein Programm, von dem Berlin spricht!
R. Steidl — H. Bender
Sämtl. Schlager neu für Berlin
Adelmanns ? Paini ?
u. die weiteren auserwählten Juni-Spezialitäten.
Kl. Preise. Angen. kühl. Aufenthalt

WINTER GARTEN
Guido Thielscher
„Venus im Grünen".
Operette in 1 Akt. v. Rud. Lothar.
Musik von Oskar Straus.
Mitwirkende:
Else Berna Lotte Werkmeister
Thalia-Theater, Berlin
Karl Bachmann Julius Spielmann
sowie der vom Publikum und Presse glänzend beurteilte Juni-Spielplan.

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Täglich:
Carmen.
Großes Ausstattungsstück in 5 Bildern.
Erstklassiges Varieté
Kassenöffnung 10 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Walhalla-Theater.
8 Uhr: Eine Meile in der Minute.
Gartenbühne: Apollo-Sänger.

Rose-Theater.
8¼ Uhr Wie deutsche Helden sterben
Gartenbühne: Die Försterchrist'l.

--- trinken unmöglich --,
denn alle aus Roggen hergestellten Getreidekaffees sind nicht mehr zu haben. Getreidekaffees aus Gerste sind sehr im Preise gestiegen. Da wäre guter Rat teuer, wenn der „Kriegs-Kornfranck" nicht wäre. Er schmeckt vorzüglich, hat eine schöne kaffeebraune Farbe; er ist sehr ausgiebig und deshalb billig. Ganzes Paket 50 Pfg., halbes Paket 26 Pfg

Gewerkschaftshaus
Im herrlichen Naturgarten (der Oase des Ostens):
KONZERT von 5 Uhr an.
Sonntagmittag, den 13. Juni 1915.

Blumenkohlsuppe	0.15 M.	Gänsebraten	0.70 M.
Bouillon m. Mark	0.15 „	Rehbraten	0.80 „
Lachs m. Butter	0.50 „	Kalbsbraten	0.70 „
Mayonnaise v. Zander	0.40 „	Hammelkeule	0.70 „
Kalbsstück u. Spinat	0.60 „	Kompott oder Salat	0.10 „
Filet-Gulasch	0.70 „	Käse oder Eis	0.20 „

Freitag, den 11. Juni 1915
zwischen 2 und 6 Uhr: Großer billiger Schnellverkauf, nicht unter 5 Pfund:

	a Pfund		a Pfund
Ochsenfleisch ohne Knochen	1.40 M.	Ein großer Posten Landschinken, fette Rücken und Schinkenspeck	1.60—1.80 M.
Roastbeef	1.30 „	Harte Salami	1.50 „
Hammelkeule	1.50 „	Kongreßwurst und Hallische Leberwurst	1.40 „
Kalbskeule oder Nierstücke	1.40 „	Breslauer u. Dampfwurst	1.20 „
Schweineschinken und Rücken	1.70 „	Gefüllter Schinken	1.40 „
Rückenfett u. Liesen	1.70 „		

Die Räucherwaren und junge Gänse von 6—8 M. das Stück, junge Hähne das Stück 1.60 M. und rohe Gänsekleine werden auch schon heute verkauft.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger. Anf. 8 U.
Zum Schluß:
Im Schützengraben
Militärisch. Zeitbild von Menzel.
Militärpersonen u. deren Angehörigen vollkommen freier Zutritt zu d. Stett. Sängern.

Spezialarzt
f. Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinkranke jeder Art, Ehrlich Hata-Kuren in
Dr. Homeyer u. Co. konz. Laborat. f. Blutuntersuchung., Fäden i. Harn usw.
Friedrichstr. 81, gegenüber Panoptikum
Spr. 10—2, 5—9, Sonnt. 11—2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Für Feldsoldaten!
Deutsch-Polnisch 15 Pfg.
Deutsch-Französisch 15 Pfg.
Buchhandlung Vorwärts.

Offene Füße
Krampfadergeschwüre, auch veraltete, schmerzhafte Wunden, Entzündung u. unerträgl. Jucken heilt ohne Nachteil laut vielen Erfolgsberichten die echte „Olinda-Salbe". Absolut mildeste naturgemäße Wirkung. M. 1.15 und 2.75. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Smith Premier Schreibmaschinen
auf Tage, Wochen, Monate
leihweise
gegen mäßige Gebühr.
Bei Kauf Leihgebühr angerechnet.
Smith Premier Schreibm.-Ges.
Berlin W, Friedrichstr. 62.

Hiermit nehme ich die schwere Beleidigung gegen Frau Gertrud Buda zurück.
M. Zakrzewski,
49/8 Gothenstr. 13.

Möbelfabrik „Fortuna".
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Bilanz am 31. Dezember 1914.

Aktiva.	
Kassakonto	645,32
Kautionskonto	446,—
Bankkonto	1 361,—
Inventarkonto	14 892,—
Warenkonto	31 501,82
Kontokorrentkonto	11 872,15
Verlust	2 775,67
	M. 63 496,96

Passiva.	
Kapitalkonto	2 500,—
Reservefondskonto	524,79
Hilfsreservefondskonto	1 336,80
Akzeptkonto	25 534,51
Darlehnskonto	25 389,65
Kontokorrentkonto	8 611,21
	M. 63 496,96

103/9

Mitgliederzahl am 31. Dezember 1914: 10. Eingetreten keiner. Ausgetreten keiner. Anteile der Mitglieder 2500 M. Haftsumme der Mitglieder 5000 M. Die Haftsumme hat sich weder vermehrt noch vermindert.

Der Vorstand.
Gustav Berger. Gustav Schönburg.

Möbelfabrik „Hoffnung"
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Berlin, Krautstraße 52.

Bilanz am 31. Dezember 1914.

Aktiva.	M.
Kassenbestand	96,74
Warenbestand	31 598,60
Materialienbestand	14 082,81
Maschinen	9 800,—
Werkzeuge	6 100,—
Utensilien	1 450,—
Pferd und Wagen	400,—
Muster und Modelle	1 000,—
Debitoren	28 744,13
Bankkonto	2 080,30
Postscheckkonto	100,54
Bankdepositenkonto	1 000,—
Konto Dubio	4 900,—
Gewinn- und Verlustkonto	14 097,08
	114 550,20

Passiva.	M.
Kreditorenkonto	17 426,78
Akzeptkonto	4 534,30
Darlehnskonto	91 288,92
Anteilkonto	1 300,—
	114 550,20

Im Jahre 1914 ist kein Genosse ein- und keiner ausgetreten. Am Schlusse des Jahres waren 26 Genossen mit einem Gesamtguthaben und einer Gesamthaftsumme von 1300 M. vorhanden. 49/9

Der Vorstand.
H. Fengler. Joh. Saudat.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw. Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsbl.

Die dänische Verfassungsrevision.

Der 5. Juni hat nun nach langen Kämpfen dem dänischen Volke die ersehnte Verfassungsrevision gebracht. Das kleine Land erhält dadurch die am meisten demokratische Verfassung in Europa. Das finnische Wahlrecht ist zwar auch durchaus demokratisch, aber das Parlament in Finnland hat seit dem Verfassungsbruch des Zaren nicht viel zu sagen. In Dänemark aber herrscht die Parlamentsmehrheit bereits und die Dynastie hat diesem Regierungsprinzip längst, wenn auch nach heftigen Kämpfen, Rechnung getragen. Die jetzt endgültig angenommene Verfassung stellt die parlamentarische Volksvertretung auf eine breitere Grundlage und führt dadurch faktisch die Selbstbestimmung des Volkes durch.

Das neue Wahlrecht gibt vor allem den Frauen die volle Gleichberechtigung mit den Männern. Es ist an die Altersgrenze von 25 Jahren gebunden. Bisher galten ein Alter von 30 Jahren als Legitimation zur Teilnahme an den Wahlen. Um die Konservativen, die sich bis kurz vor Toresschluß gegen jede Verfassungsrevision sträubten, für die Reform zu gewinnen, mußten sich die Reformparteien u. a. zu der Konzession bequemen, das niedrigere wahlrechtsfähige Alter so zu sagen tropfenweise einzuschenken. Es soll nämlich das Wahlrechtsalter von Wahlperiode zu Wahlperiode um ein Jahr herabgesetzt werden, so daß es fünf Wahlperioden dauern wird, bevor die 25jährigen das Wahlrecht erhalten. Von den Wählern wird lediglich verlangt, daß sie dänische Staatsangehörige sind, das wahlrechtsfähige Alter erreicht und eine feste Wohnung im Lande haben, nicht im Konkursverfahren sich befinden oder unter Vormundschaft stehen, und schließlich ist auch die obligate Bestimmung bezüglich der Armenunterstützung vorhanden.

Sehr wichtig, und Gegenstand heftiger Kämpfe ist die gleichzeitige Reform der Ersten Kammer. Die Demokratie wollte sich nicht mit einem verbesserten Wahlrecht zur Zweiten Kammer begnügen. Der eigentliche Vater der Verfassungsreform, der rechtsliberale Berntsen hatte in diesem Punkte ganz richtig das Prinzip aufgestellt, daß eine Reform des Wahlrechts beide Kammern umfassen mußte, weil sonst eine demokratisierte Volkskammer bei wichtigen Fragen mit einem fossilen Herrenhaus kollidieren müßte. Durch die jetzt angenommene Kompromißvorlage wird nun die Erste Kammer ebenfalls aus allgemeinen Wahlen hervorgehen, nur ist das wahlrechtsfähige Alter hier auf 35 Jahre festgesetzt worden. Alle Folkethingswähler haben also auch das Wahlrecht zur Ersten Kammer, sobald sie das Alter von 35 Jahren erreicht haben. Das Recht des Königs, eine bestimmte Anzahl Senatoren zu ernennen, wird aufgehoben. Es werden dafür 18 Mandate von der Kammer selbst besetzt und zwar so, daß bei Ablauf der Legislaturperiode die Kammer 18 Abgeordnete für die aus den nächsten Wahlen hervorgehende Kammer wählt. Das ist ein konservativer Riegel, um eine gar zu schnelle Demokratisierung der Ersten Kammer zu verhindern. Immerhin wird diese Erste Kammer auf einer verhältnismäßig demokratischen Grundlage beruhen und wenn schon das Zweikammersystem beibehalten werden soll, ist dieses Resultat der dänischen Verfassungsrevision noch zu ertragen.

Es sind ja dann noch nähere Bestimmungen über die Wahlkreiseinteilung, die Verknüpfung des Proportionalwahlsystems mit der einfachen Mehrheitswahl usw. in der neuen Verfassungsordnung Dänemarks geregelt worden. Sie hier in Details zu schildern, würde zu weit führen. Nur darauf soll hingewiesen werden, daß der konservative Einfluß ausgereicht hat, um die Hauptstadt Kopenhagen etwas ungünstiger zu stellen als das platte Land. Allzu tragisch braucht das zunächst nicht genommen zu werden.

Unsere Genossen, denen ein ganz besonderes Verdienst um die Verfassungsrevision zukommt, haben die Unebenheiten in Kauf nehmen müssen, um das große Werk glücklich zum praktischen Ergebnis zu führen. Sie haben selbstverständlich ihren prinzipiellen Standpunkt nicht nur gewahrt, sondern auch, wie wir schon bei den ersten Verhandlungen seinerzeit eingehend berichteten, eine eigene Verfassungsvorlage eingebracht. Als diese ihre Anträge keine Mehrheit fanden, erklärten sie sich bereit, auf der Grundlage der damaligen Regierungsvorlage mitzuarbeiten. In ihren Grundzügen ist diese Vorlage nun auch endlich Gesetz geworden.

Der 5. Juni, an dem die neue Verfassung vom Reichstag und König definitiv genehmigt wurde, ist ein doppelter Gedenktag der dänischen Verfassungskämpfe geworden. Am 5. Juni 1848 wurde die erste demokratische Verfassung Dänemarks geschaffen, die dann 1866 verschlechtert wurde. Der damalige reaktionäre Raub der Volksrechte ist jetzt am 5. Juni 1915 wieder gut gemacht worden. Große Volksfeste im ganzen Lande feierten den Tag und der König hatte den Reichstag vollzählig um sich zu einer Feier versammelt. Mitten im Weltkriege hat das dänische Volk sich seine Rechte erweitert und die Bahn für eine glücklichere Zukunft geebnet. An dieser politischen Zukunft werden auch die Frauen aktiven Anteil nehmen. Das ist der größte Erfolg dieser Verfassungskämpfe, die seit einem halben Jahrhundert in Dänemark toben und alle Zwischenstufen derartiger Sturmperioden passiert haben: Von der Willkürherrschaft der Regierung gegen Parlament und Volk unter Estrup bis zum endgültigen Siege der Demokratie unter Berntsen, Zahle und Borgbjerg.

Verstärkte Budgetkommission des Abgeordnetenhauses.

Amtlicher Bericht.

In den Sitzungen am 7., 8. und 9. d. M. setzte die verstärkte Budgetkommission die Beratung über den Antrag Brütt fort und erledigte die Punkte Gesellschaften (Kriegsgetreidegesellschaft, Zentraleinkaufsgesellschaft, Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, Zentralstelle für Beschaffung der Heeresverpflegung), Organisationsplan für die zukünftige Brotversorgung, Kartoffelversorgung, Wiederaufbau der Landespferdezucht, Erhaltung der übrigen Viehbestände, Beschaffung der Futtermittel, insbesondere der Kleie.

Vor jedem Beratungsgegenstande gab der Berichterstatter Abg. Dr. Hoesch-Neukirchen eine eingehende Darlegung des Stoffes.

Bei den Gesellschaften und dem Organisationsplan für die zukünftige Brotversorgung wurden folgende Anträge angenommen:

I.

Die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die Ernährung des Volkes einschließlich des Heeres und der Marine nach folgenden Grundsätzen geregelt wird:

1. Die Kommunalverbände sowie Vereinigungen von solchen sind als Selbstwirtschaftsverbände zuzulassen; es ist ihnen eine weitgehende Bewegungsfreiheit zu lassen.

2. An Stelle der Kriegsgetreidegesellschaft tritt die Reichsgetreidestelle. Sie besteht aus zwei Abteilungen. Der Abteilung I werden die öffentlich-rechtlichen Verwaltungsaufgaben, der Abteilung II die Beschaffung des für die Ernährung der Bevölkerung einschließlich des Heeres und der Marine erforderlichen Brotgetreides sowie die Verwaltung und Nutzbarmachung der Getreidebestände übertragen.

3. Die Reichsgetreidestelle untersteht der Aufsicht des Reichskanzlers.

4. Zur beiratlichen Mitwirkung bei Entscheidung grundsätzlicher und sonstiger wichtiger Fragen der Abteilung II wird ein Ausschuß eingesetzt, in dem Konsumenten und Produzenten gleichmäßig vertreten sind.

5. Der preußische Staat wird als Vermittlungsstelle im Sinne des § 46 der Bundesratsverordnung vom 25. Januar 1915 anerkannt. Die Beschlagnahme für den Staat wird in den Landkreisen durch den Landrat, in den kreisfreien Städten durch den Bürgermeister durchgeführt.

Die näheren Bestimmungen darüber sind von der Königlichen Staatsregierung zu treffen, welche sich insbesondere wegen der Uebertragung der geschäftlichen Maßnahmen für Preußen mit der Reichsgetreidestelle gemäß § 46 der Bundesratsverordnung vom 25. Januar d. J. zu verständigen hat.

II.

Die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, dahin zu wirken:

1. daß die Höchstpreise für Getreide, Mehl, Brot, Hülsenfrüchte, Futtermittel, Zucker usw. so bemessen werden, daß ungerechtfertigte Gewinne des Handels, der verarbeitenden Gewerbe, der Bedarfs- und Ueberschußkommunalverbände sowie der Produzenten vermieden werden;

2. daß die mit der Lebensmittelversorgung betrauten Stellen (Selbstversorgungsverbände, Reichsgetreidestelle, Zentraleinkaufsgesellschaft usw.) keinen Gewinn erzielen. Ueberschüsse, die sich auf Grund notwendiger vorsichtiger kaufmännischer Geschäftsführung ergeben, sind dem Reiche für Zwecke der Kriegsinvalidenfürsorge zuzuführen.

Die Punkte I, 1 und 2, wurden einstimmig angenommen; die Punkte I, 3 und 4, wurden gegen eine Stimme, der Punkt I, 5, wurde gegen fünf Stimmen angenommen.

Bei II, Ziffer 1, wurde vorweg darüber abgestimmt, ob auch die Hülsenfrüchte unter Höchstpreis zu stellen seien. Nachdem dies gegen fünf Stimmen beschlossen war, wurde auch II, 1 und 2, einstimmig angenommen.

Es wurden über Organisation und Tätigkeit der Zentraleinkaufsgesellschaft, der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte und der Zentralstelle für Beschaffung der Heeresverpflegung von seiten der Regierung vertrauliche Mitteilungen gemacht.

Bei der Besprechung der Kartoffelversorgung führte der Minister des Innern folgendes aus:

„Es habe die Entwickelung der Kartoffelfrage einen überraschenden Verlauf genommen. Darauf seien denn die Vorwürfe zurückzuführen, daß die Staatsregierung zu ängstliche und ungerechtfertigte Maßnahmen getroffen habe. Am 1. Mai hätten die Kommunen der Reichsstelle für Kartoffelversorgung eine Voranmeldung ihres Kartoffelbedarfs erstattet. Am 20. Mai sei die endgültige Anmeldung erfolgt. Am 1. Mai habe sich aus den Anmeldungen der Zuschuß-Kommunen ein Fehlbetrag von 6,5 Millionen Zentnern ergeben, am 20. Mai sei nur ⅓ dieses Bedarfs angemeldet worden. Der Reichsstelle sei ein Ueberschuß von 8,75 Millionen Zentnern verblieben gegenüber den Anmeldungen. Hätte die Regierung im März und April die Entwickelung vorausgesehen, so hätte sie wohl von ihren tiefgreifenden Maßnahmen Abstand genommen. Aber man dürfe doch eine Reihe von ausschlaggebenden Faktoren, die die Staatsregierung zu ihren Maßnahmen drängen mußten, nicht übersehen. Als im März die Kartoffelzufuhren an vielen Stellen versagten, trat in der Bevölkerung eine starke und berechtigte Unruhe ein. Nach der Beschlagnahme des Brotgetreides und der Regulierung des Konsums sei die Kartoffel die letzte Reserve gewesen. In den Konferenzen im März seien nicht nur die gelehrten Herren, denen man keinesfalls mangelnde Kenntnis landwirtschaftlicher Verhältnisse vorwerfen könne, sondern auch praktische Landwirte derselben Meinung gewesen, der die Haushaltskommission des Reichstags Ausdruck gegeben habe, daß durchgreifende Maßnahmen zur Sicherung der Kartoffelversorgung notwendig seien.

Nach den Erhebungen am 15. März habe sich ergeben, daß für den Kopf der Bevölkerung nur ein halbes Pfund täglich verfügbar blieb. Gerade gegenüber der verhältnismäßig kleinen Brotration sei es Pflicht gewesen, für die Erhaltung wenigstens dieses scheinbar geringen Kartoffelvorrats alles zu tun. Eine Regierung, der die Erhebungen und Berechnungen vom März zur Verfügung standen, war zu energischen Maßnahmen verpflichtet gewesen. Die Landräte seien darum mit den Aufkäufen beauftragt worden. Es sei die Verordnung über die Reichsstelle für Kartoffelversorgung ergangen. Inzwischen seien die vielbesprochenen Schweineschlachtungen eingeleitet worden, deren Ergebnis sei nun nicht so ängstlich. Der Schweinebestand vom 1. Dezember 1914 von 17 600 000 Schweinen in Preußen sei bis 15. März 1915 gesunken auf 12 500 000 Stück. Nach dem 15. März sei die Anweisung an die Landräte ergangen, auf verstärkte Abschlachtungen zu dringen. Es seien dann vom 15. März bis 15. April noch 1 Million Schweine geschlachtet worden. Verschont geblieben seien gemäß den Anordnungen alle Zuchtschweine, das Jungvieh, ebenso die nicht mit Kartoffeln aufzuziehenden Schweine, und die Einzelschweine in den Haushaltungen. Hier und da sei man in bester Absicht übereifrig gewesen, aber es sei doch alles geschehen, um unwirtschaftliche Abschlachtung zu verhindern. Die Million seit 15. März geschlachteter

---

Das Los der deutschen Kriegsgefangenen in Afrika.

Das Kriegsministerium teilt mit:

Schon im November v. J. hat die deutsche Regierung die Forderung gestellt, daß die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen aus Afrika an klimatisch einwandfreie Orte geschickt werden sollten. Diese Forderung ist durch die amerikanische und auch durch die spanische Botschaft verschiedentlich wiederholt worden.

Die französische Regierung hat es für nötig befunden, darauf nur zu antworten, daß die Deutschen in Dahomey an gesunden Orten lebten, — was nicht zutrifft — und daß nur diejenigen nach Frankreich zu senden wären, deren Gesundheit einen längeren Aufenthalt in Afrika nicht gestattete.

Frankreich hat also diese Forderung nicht erfüllt.

Zurzeit befinden sich annähernd 400 deutsche Kriegs- und Zivilgefangene in Dahomey, teils aus Kamerun, teils aus Togo, und mehrere Tausende von Kriegs- und Zivilgefangenen in Marokko und Tunis und den anderen französischen Besitzungen.

Uebereinstimmende sichere Nachrichten besagen, daß unsere Deutschen dort, an den verschiedensten Plätzen verteilt, und besonders in Dahomey geradezu schmachvoll behandelt werden. Zum größten Teil müssen sie in glühender Sonnenhitze schwere körperliche Arbeiten verrichten (Wegearbeiten, Steineklopfen usw.).

In Dahomey ist ihre Bekleidung völlig unzureichend. Sie durften nichts aus Kamerun oder Togo mitnehmen; in den leichten Sachen wurden sie im Herbst 1914 nach Dahomey gebracht. „Abgerissen", mit leichten Kopfbedeckungen, verrichten sie ihre Arbeit.

Sie wurden fast nie in Europäerwohnungen gebracht, sondern leben in selbst erbauten Lehm- oder Strohhütten, ohne Moskitonetze, auf Strohmatten, ja auf dem nackten Fußboden. Zum Teil zimmerten sie sich ihre Betten selbst. Sie müssen selbst kochen, eine Bedienung wird ihnen zum Teil versagt. Die Bewachung geschieht in entwürdigender Weise durch Schwarze, die den Weißen ihre Macht zeigen. Die französische Zeitschrift „Mirroir" hatte sogar die Stirn, dies in einem Bilde zu bringen, das von einem höhnischen Kommentar begleitet war.

Es fehlt an den nötigen Medizinen, wie Chinin usw. und an ärztlicher Hilfe. Ein französischer Arzt sagte: „Die Männer sollen leiden."

Das Klima in Dahomey ist eines der mörderischsten der ganzen Westküste Afrikas; nicht nur deutsche, sondern auch französische Fachleute haben sich in diesem Sinne geäußert.

Gelbes Fieber, Schwarzwasserfieber, Malaria sind an der Tagesordnung. Man kann sich nur mit Hilfe von Moskitonetzen gegen die Insekten schützen. Wenn es auch Orte geben mag, die für den Europäer einigermaßen bewohnbar sind, so ist das Klima im allgemeinen eines der ungesündesten.

Nicht besser ergeht es unseren Kriegsgefangenen in Nordafrika. Mit dem fortschreitenden Sommer erhöhen sich dort die Tagestemperaturen auf 50 und 60 Grad Celsius. Ohne Tropenhelme müssen unsere braven Soldaten in dieser Gluthitze schwerste Arbeiten verrichten. Das einzige, was die französische Regierung bis jetzt zugestanden hat, ist eine Verlängerung der Mittagspause von 11—3 Uhr. Nach übereinstimmenden Urteilen von Fachmännern ist es für Europäer, und noch dazu solche, die des Klimas ungewöhnt sind, ohne Gesundheitsschädigung unmöglich, diese Arbeiten auszuführen.

Noch schlimmer erscheint es, daß die Franzosen auch Verwundete und Kranke nach Afrika gebracht haben und ohne Erbarmen zur Arbeit zwingen.

Die Ernährung ist auch hier durchaus unzureichend. Die Pakete aus der Heimat kommen in den meisten Fällen beraubt oder gar nicht an; auch die Geldsendungen gehen sehr unregelmäßig ein.

Die Strafen sind außerordentlich grausam, eine Tatsache, die aus der Fremdenlegion schon längst bekannt ist.

Vielfach haben Kriegsgefangene aus Verzweiflung über ihre Lage den Lockungen zum Eintritt in die Fremdenlegion nachgegeben, wo sie es natürlich auch nicht besser haben.

Aus einer großen Anzahl von Briefen hört man übereinstimmend die erschütternden Klagen über die Leiden unserer gefangenen Krieger in Afrika heraus.

Hierbei ist zu bedenken, daß alle Postsachen der Prüfung durch die Zensur unterliegen und die Leute nicht das schreiben können, was sie wollen. Aber durch die eidlichen Aussagen zurückgekehrter Frauen und Missionare, und in durchgeschmuggelten Nachrichten zeigt sich stets dasselbe traurige Bild.

Unsere Heeresverwaltung hat sich gezwungen gesehen, da alle Verhandlungen erfolglos blieben, nunmehr zu Taten, d. h. zu energischen Gegenmaßregeln zu schreiten.

Das mörderische Klima von Dahomey steht uns nicht zur Verfügung, auch auf dem Wege der Erniedrigung der weißen Rasse durch die Aufsicht von Schwarzen vermag Deutschland dem Kulturstaat Frankreich nicht zu folgen.

Aber man wird kriegsgefangene Franzosen in ungefähr gleicher Anzahl wie unsere Kriegs- und Zivilgefangenen in Afrika aus den schönsten Gefangenenlagern, wo sie alle Annehmlichkeiten und alle Fürsorge seitens der Lagerkommandanturen genießen, zu Arbeiten in die Moorkulturen überführen. Die Auswahl der Gefangenen wird ohne jede Rücksicht auf soziale Stellung und Beruf geschehen, genau so, wie es Frankreich mit unseren Kriegsgefangenen in Afrika macht.

Wir wollen dadurch erreichen, was der Appell an die Menschlichkeit Frankreichs und langmütigste Verhandlungen bisher nicht erreicht haben.

Wir lassen einige Auszüge aus Berichten und Briefen über Dahomey folgen:

Brief eines Oberingenieurs vom 15. 11. 1914:

„Seit 7 Wochen schmachte ich in französischer Gefangenschaft im Innern von Französisch-Afrika. Ich habe bei der Einnahme von . . . . nur das nackte Leben gerettet, alles habe ich verloren. Nur die Kleider, die ich auf dem Leibe trug, habe ich behalten. Zerlumpt und verwahrlost friste ich bei schwerster niedrigster Arbeit mein verhunztes Leben, immer hoffend, daß bald die Erlösung naht. Nur der Gedanke an Euch hält mich noch aufrecht. Nachts, wenn ich auf meiner Strohmatte auf der nackten Erde liege, grüble ich stundenlang darüber nach, was aus Euch geworden ist, von denen ich seit Anfang Juli nichts mehr gehört habe. Da dieser Brief von Fremden eingehend gelesen wird, kann ich Dir leider nichts weiter mitteilen . . . .

So viel ist gewiß, daß weder Du noch meine geliebten Kinder mich, wenn Ihr mich hier sehen würdet, in dem stumpfen und gebückten, zerlumpten Arbeiter wiedererkennen würdet." . . . . .

Und am 2. 12. 1914:

„Zu meinem größten Schmerz habe ich gestern wieder von französischer Seite gehört, daß unser Aufenthalt hier noch 4 bis 5 Monate dauern könnte. Bis dahin bin ich aber sicher wahnsinnig geworden, wenn mich nicht irgendein anderes Leiden vernichtet hat. Das Leben hier ist derart zermürbend und geisttötend, daß ein denkender Mensch es nicht so lange aushalten kann. Man gab mir den Rat, an Dich zu schreiben und mir die notwendigsten Bekleidungsstücke schicken zu lassen. Ich laufe nur noch in Lumpen umher, meine Hose habe ich schon viele Male geflickt, aber sie ist so mürbe, daß nebenan immer wieder Löcher entstehen, so daß ich meine Blöße kaum noch bedecken kann. Meine Füße habe ich mit Lumpen umwickelt, mein Tropenhelm zerfällt. Die Unmöglichkeit, mich ordentlich zu waschen, hat die übelsten Hautkrankheiten zur Folge. . . . .

Am Tage haben wir 50 Grad Hitze und nachts wehen kalte, scharfe Winde. Durch das Schlafen auf dem Fußboden habe ich mir einen bösen Husten, der mich schon wochenlang quält, zugezogen. . . . .

Ich habe Schreckliches durchgemacht."

Am 14. 2. 1915 aus . . . . . stenographiert:

„Wir alle leiden furchtbar. Wir werden mißhandelt wie Verbrecher und geschlagen und bekommen nichts zu essen. Wenn es noch lange dauert, gehen wir alle zugrunde. Krank sind wir alle, 3 sind bereits tot. Wir fürchten für die Regenzeit das Schlimmste. Könnt Ihr nichts zu unserer Befreiung unternehmen, aber Eile ist geboten."

22. 1. 1915 schreibt ein Offizier:

„Der Marsch hier herauf, den wir größtenteils zu Fuß zurücklegen mußten, war sehr beschwerlich. Wir werden hier sehr strenge bewacht. . . . . .

Schweine sei übrigens nicht verschwunden, sondern zum größten Teil zu Dauerwaren verarbeitet und aufbewahrt worden für künftige knappe Zeiten.

Es werden Mittel und Wege gefunden werden, den gegenwärtig vorhandenen Kartoffelüberschuß dem Verbrauch zuzuführen und den Landwirten zu angemessenen Preisen abzunehmen."

In der Besprechung wurde allseitig anerkannt, daß eine allgemeine Beschlagnahme der Kartoffeln untunlich sei.

Der Vorsitzende der Reichsstelle für Kartoffelversorgung teilte nach längeren Darlegungen über die Tätigkeit der Reichsstelle mit, daß, um die zur Verfügung stehenden sehr großen Mengen von Kartoffeln Mensch und Tier zuzuführen, Verhandlungen mit den Stärkefabriken, Kartoffeltrocknereien und Flockenfabriken abgeschlossen worden seien über Verarbeitung von 3 Millionen Zentnern Kartoffeln. Auch sei anzunehmen, daß eine größere Menge von Kartoffeln für die Spiritusfabrikation Verwendung finden würde. Die Spiritusfabrikation würde eine große Rolle spielen bei der Lösung der Beleuchtungsfrage.

Bei der Frage der Erhaltung der übrigen Viehbestände und der Beschaffung der Futtermittel, insbesondere der Kleie, erklärte der Landwirtschaftsminister folgendes:

„Im Gegensatz zu den Schweinebeständen haben sich die heimischen Rinderbestände im allgemeinen auf der früheren Höhe erhalten. Es ist sogar bei der Viehzählung am 1. Dezember 1914 eine Vermehrung gegen das Vorjahr festgestellt worden. Dieses Ergebnis ist mit auf die Wirkung des seinerzeit vielfach angegriffenen Schlachtverbots vom 11. September 1914 zurückzuführen, nach dem das Schlachten von Kälbern unter 75 Kilogramm Lebendgewicht und von weiblichen Rindern unter 7 Jahren bis zum 19. Dezember 1914 untersagt war. In der Schweinehaltung wird sich die jetzige Lücke allmählich ergänzen lassen. Bei einer starken Minderung der Rindviehbestände würde eine Wiederauffüllung wesentlich schwieriger sein. Deshalb muß die Rindviehzucht weiter nach Kräften gefördert werden, zumal bei der bereits eingetretenen Knappheit an Schweinefleisch die Rindviehbestände erheblicher als bisher für die Fleischversorgung beansprucht werden. Vor allem bedarf es einer Verstärkung der Futtermittel. Alle hierzu geeigneten Maßnahmen und Unternehmungen sind seit dem Kriegsausbruch von der landwirtschaftlichen Verwaltung auf jede mögliche Weise gefördert worden. Die Benutzung von Strohmehl in der Viehhaltung hat einen verhältnismäßig großen Umfang angenommen. Es wird hauptsächlich als Beifutter verwendet. Noch günstigere Erfolge sind von der Aufschließung des Strohs auf chemischem Wege für Fütterungszwecke zu erwarten."

Aus der Kommission wurde der Antrag gestellt, daß die Kleie auf die einzelnen Kreise nach dem Verhältnis der Viehbestände verteilt werden sollte. Dem Antrage wurde entgegen gehalten, daß bei dieser Verteilung dann aber etwaige Gerstevorräte zu berücksichtigen seien.

Im übrigen war sich die Kommission darüber einig, daß eine möglichst weitgehende Beschlagnahme aller Futtermittel und eine behördliche Verteilung derselben notwendig sei. Angeregt wurde ferner, es möge durch Reichszuschüsse an die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte dafür gesorgt werden, daß der Landwirtschaft billige Futtermittel zugeführt werden. Nur so könne erreicht werden, daß die landwirtschaftlichen Produkte, besonders Fleisch, zu Preisen der Bevölkerung zugeführt werden könnten, die die Bevölkerung erschwingen könne.

Politische Uebersicht.

Zur Geschäftslage des Preußischen Landtages.

Durch den erneuten Beschluß, den Landtag nicht zu vertagen, sondern die Session zu schließen, hat die Regierung die ursprünglichen Dispositionen des Abgeordnetenhauses völlig durchkreuzt. In der Annahme, daß die Session vertagt werden würde, wollte das Abgeordnetenhaus jetzt noch das Fischereigesetz im Plenum erledigen, damit das Herrenhaus im Herbst mit seinen Arbeiten beginnen kann. Da die Regierung den Wünschen des Abgeordnetenhauses nicht nachgekommen ist, andererseits aber auf die Verabschiedung des Fischereigesetzes Wert legt, so soll jetzt versucht werden, es möglichst schnell in zweiter und dritter Lesung zu beraten und es dann sofort dem Herrenhause zur weiteren Behandlung überweisen. Um dies erreichen zu können, hat der Seniorenkonvent am Mittwoch beschlossen, daß diesen Sonnabend eine Plenarsitzung mit der Tagung: 1. und 2. Lesung des Fischereigesetzentwurfes, abgehalten wird. Am Montag wird das Herrenhaus zusammentreten und die Kommission zur Vorberatung des Gesetzes wählen. Diese Kommission soll ihre Arbeiten so beschleunigen, daß das Plenum möglichst noch in nächster Woche zu ihren Beschlüssen Stellung nehmen kann. Nimmt das Herrenhaus die Vorlage in der Fassung des Abgeordnetenhauses unverändert an, dann könnte das Gesetz also in kaum vierzehn Tagen verabschiedet sein. Voraussetzung ist hierbei allerdings, daß die Regierung nicht etwa die Session noch während der Beratung der Kommission des Herrenhauses schließt, eine Möglichkeit, mit der immerhin gerechnet werden muß. Die Parteien des Abgeordnetenhauses würden darin allerdings eine Brüskierung erblicken. Geht die Erledigung des Fischereigesetzes glatt von statten, dann rechnet man mit einem Schluß der Session um den 21. Juni herum.

Das Abgeordnetenhaus wird außer Sonnabend dann nur noch einmal zusammentreten, um den Bericht der verstärkten Budgetkommission über den Antrag Brütt und Gen., sowie den Bericht der Handels- und Gewerbekommission über die Anträge des Zentrums und der Sozialdemokraten zum Knappschaftskriegsgesetz entgegenzunehmen und die Notverordnungen zu genehmigen. In der verstärkten Budgetkommission selbst gehen die Arbeiten langsam von statten; erst morgen, Donnerstag, wird voraussichtlich die Frage der Lebensmittelversorgung erledigt sein. Freitag und Sonnabend werden keine Sitzungen stattfinden und am Montag wird man mit den Beratungen der übrigen Fragen beginnen für die eine Woche vorgesehen ist. Das Plenum tagt während dieser Zeit nicht. Auf die Beratung ihrer Anträge legen die Parteien kein Gewicht. Die Fortschrittler wollen zwar ihren Antrag auf Verbot der Gründung von Fideikommissen auf die Tagesordnung bringen, aber sie werden damit kein Glück haben, da die Konservativen sich diesem Plane widersetzen. Eine Anregung des sozialdemokratischen Vertreters im Seniorenkonvent, auch die Wahlrechtsanträge noch zu erledigen, fand auf keiner Seite Gegenliebe.

Zu bemerken ist noch, daß die Regierung den Landtag Ende Oktober, oder, wenn es nötig sein sollte, auch schon früher, zu einem neuen Tagungsabschnitt einberufen soll.

Zum Kampf um die preußische Wahlrechtsreform.

Der Vorstand des Wahlvereins der Fortschrittlichen Volkspartei in Stettin hat in seiner Sitzung vom 5. Juni einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei im preußischen Abgeordnetenhause wird gebeten, die Frage einer Aenderung des preußischen Landtagswahlrechts im Sinne der Forderungen der Fortschrittlichen Volkspartei unausgesetzt im Auge zu behalten und bereits bei nächster Gelegenheit entsprechende Anträge zu stellen. Aus den Gründen heben wir die folgenden hervor: 1. Die Aenderung des preußischen Wahlrechts bleibt eine der dringendsten politischen Forderungen. Für ihre Verwirklichung erscheinen die Zeitverhältnisse nicht ungünstig. Die wundervolle Bewährung des gesamten Volkes in dieser Kriegszeit muß der Regierung und auch Kreisen, die einer Wahlreform bisher ablehnend gegenübergestanden haben, die Ueberzeugung aufdrängen, daß das geltende Wahlrecht, welches die Masse der Staatsangehörigen entrechtet, diesem Volke nicht mehr entspricht. 2. Die Reform des Wahlrechts im Sinne der fortschrittlichen Forderungen würde die Begeisterung und Vaterlandsliebe des Volkes, sowohl der in der Heimat Gebliebenen, als besonders aber auch der Krieger, außerordentlich stärken und damit eine weitere Gewähr für die siegreiche Durchführung des Krieges bieten. 3. Die Gruppierung der Parteien nach dem Kriege ist ungewiß. Es erscheint in jedem Falle angezeigt, die Aenderung des Wahlrechts in liberalem Sinne in der Zeit zu versuchen, in der die Verantwortung für das Schicksal des Vaterlandes offenkundig bei der Gesamtheit der Volksgenossen ruht."

Der Verkauf städtischer Fleischdauer- und Gefriervorräte

im ganzen Reiche fand am 8. Juni in einer vom Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen einberufenen Sachverständigenkonferenz eine eingehende Erörterung. Es beteiligten sich daran Vertreter von Großberliner Gemeinden, des Deutschen Städtetages, des Kriegsausschusses für Volksernährung und des Fleischergewerbes. Die in einigen Städten verschieden beurteilte Frage, ob die kommunalen Fleischvorräte schon jetzt abzugeben oder noch länger aufzubewahren seien, fand in der Beratung einmütige Beantwortung dahin, daß wie in Berlin auch anderswo jetzt unverzüglich verkauft werden solle. Dadurch könnte sowohl der augenblicklichen ungeheueren Fleischteuerung entgegengewirkt als auch für die Aufzucht schlachtreifer Tiere bis zum Herbst erfolgreich gewirkt werden. Die beim Fleisch naturgemäß schwierige Frage der Verteilung an die Verbraucher hielt die Versammlung in Berlin für vorbildlich gelöst. Sie erwartet eine ähnliche Regelung auch von den anderen deutschen Städten. Und zwar soll unter Mitwirkung der Fleischermeister da, wo große Fleischbestände aufgespeichert wurden, an die mit entsprechenden Ausweisen versehene minderbemittelte Bevölkerung an bestimmten Tagen und zu erschwinglichen Preisen, dagegen bei geringen kommunalen Vorräten außerdem unter Rationszumessung

Fleischkarten mit Abschnitten

verkauft werden, damit man möglichst lange mit den verfügbaren Mengen reicht. Gegenüber der Gefahr von Mißbräuchen derartiger segensreicher Einrichtungen

Aufkauf in kleinen Mengen durch Interessenten und Weiterverkauf zu erhöhten Preisen sowie Verarbeitung zu Fleischwaren usw.

wird vom Bundesrat eine Verordnung mit schärfsten Strafandrohungen erhofft. Gleichzeitig kann erwartet werden, daß von Reichs wegen allen deutschen Gemeinden die sofortige Inangriffnahme ihrer Fleischverkäufe, die bekanntlich gemäß der Verordnung nicht vor dem 1. Juni stattfinden durften, nach obigen Grundsätzen zur Pflicht gemacht wird. Die zahlreichen Bezirks- und Ortsausschüsse für Konsumenteninteressen, die in diesem Sinne bereits eifrig am Werke sind, werden dabei ihre Mitwirkung an Hilfs- und Kontrollarbeiten gern zur Verfügung stellen.

Zur Beurlaubung heeresdienstpflichtiger Winzer.

Dem Reichstagspräsidenten wird mitgeteilt:

Die Anfrage Nr. 1 des Mitglieds des Reichstags Baumann (Kitzingen) und Genossen — Drucksache Nr. 80 — wird wie folgt beantwortet:

„Das Königlich Preußische Kriegsministerium hat die stellvertretenden Generalkommandos und die mobilen Kommandobehörden davon verständigt, daß gegen eine Beurlaubung der zum Heeresdienst einberufenen Winzer zum Zwecke der Bekämpfung der Rebschädlinge auf jedesmaligen besonderen Antrag, soweit es militärische Rücksichten zulassen, keine Bedenken bestehen. Im gleichen Sinne hat es das Königlich Bayerische, Sächsische und Württembergische Kriegsministerium benachrichtigt. Dr. Delbrück."

Eine falsche Behauptung Vanderveldes.

Zu der Behauptung, die Vandervelde in seiner letzten Rede vor den Pariser Arbeitern aufstellte, daß Genosse Roske bei einem Gespräch mit belgischen Genossen im Brüsseler Volkshause erklärt haben sollte, die Ehre sei eine Ideologie des Bürgertums und die Belgier hätten keinen Anlaß gehabt, ihre Neutralität zu verteidigen, schreibt uns Roske:

„Schon vor Monaten habe ich öffentlich erklärt, daß ich niemals etwas derartiges gesagt habe. Ich lege erneut Wert darauf, festzustellen, daß das, was Vandervelde mich sagen läßt, absolut unzutreffend ist. Soweit ich in Brüssel mit belgischen Genossen überhaupt über die belgische Frage gesprochen habe, ist von mir anerkannt worden, daß von ihrem Standpunkt aus die Verteidigung ihres Landes eine Selbstverständlichkeit sei."

. . . . . Aber schmachvoll ist diese Gefangenschaft hier doch, das empfinden wir alle mit größter Bedrücktheit. Die großen Strapazen des Marsches nach hier habe ich gut überstanden und verdanke die eiserne Gesundheit und meinen gesunden Körper. —

Ich bin mit Stiefeln und Sachen gänzlich abgerissen. Kochen und Waschen tun wir selber, Bedienung dürfen wir nicht halten."

14. 2. 1915, ein Bankbeamter . . . .:

„. . . . daß wir nun etwa 740 Kilometer von der Küste, nahe am Rande der Wüste sitzen. Unsere Kost ist (hier hat die Zensur ein Wort unleserlich gemacht) . . . . . einseitig und unsere Wohnungsverhältnisse weniger denn notdürftig. Betten und die sonstigen notdürftigsten Wohnungseinrichtungen haben wir uns selbst gezimmert. Aufstehen, Holzholen . . . . . Ziegelstreichen und Lebensmittel-Empfang . . . . ."

7. 1. 1915:

„. . . . nachdem wir 260 Kilometer mittels Eisenbahn, 270 Kilometer in Fußmarsch und den Rest im Auto transportiert worden waren. Ueber die hiesige Gegend, die Art der Unterbringung und die sonstigen Verhältnisse will ich mich jeder Mitteilung enthalten, die sonst vielleicht zu Beanstandung des Briefes führen könnte."

6. 1. 1915 klagt ein Deutscher über die entsetzliche Hitze und die Moskito-Plage.

Durch Geheimzeichen drückt ein anderer folgendes aus:

„Mangel an Proviant, Hunger, wünsche sofort Proviant."

Vom 3. 2. 1915 aus . . . .:

„. . . . Ihr würdet die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, wenn ich Euch alles genau berichten dürfte. Warum hat man zu Hause so wenig für die Kolonisten übrig und versagt ihnen jede Hilfe und Erleichterung? . . . . Wohl mancher hat sich im Stillen lieber eine Kugel gewünscht als dieses traurige Dasein. Ein Zuchthäusler hat entschieden ein besseres Los wie wir und daraus könnt Ihr Euch einen Vers über unser Leben machen. Das Herz dreht sich einem im Leibe herum, wenn man diesen Jammer täglich mit ansehen muß . . . Möge dieser Brief für uns ein rettender Engel sein."

21. 2. 1915 schreibt ein Gefangener:

„. . . . Hier ist es jetzt sehr warm, 40 bis 50 Grad im Schatten, dabei arbeiten ist bitter. . . . .

Es hat bisher noch niemand meiner Kameraden etwas aus der Heimat bekommen."

15. 2. 1915 schreibt ein Missionar, daß er „in eine andere Arbeitsklasse einrangiert sei . . . Es ist nur schade, daß ich keine nähere Schilderung geben darf."

Ein Telegramm durch Botschafter in Madrid, daß „Kriegsgefangene in Dahomey zu Straßenarbeiten verwendet werden. Sie leiden Mangel an Kleidern, Schuhzeug und Chinin, vier schon tot, viele krank."

Ein Brief aus einem englischen Gefangenenlager:

„Aus sicherer Quelle wissen wir, daß die gefangenen Deutschen in Dahomey im Innern unter schwarzen Aufsehern auf Farmen und bei Wegebauten im Lendentuch arbeiten müssen, mehrere seien schon tot."

Ein Oberingenieur berichtet unter dem 15. 3. 1915:

„Gestern wurde uns bekannt gegeben, daß von unseren Briefen über hundert vernichtet worden seien, weil sie zu lang waren, in 15 Zeilen etwa muß ich Dir also das Wichtigste mitteilen. Ich vegetiere noch, wenn auch das Hoffnungsflämmchen, Euch gesund wiederzusehen, immer trüber flackert. Noch viele Monate werden vergehen, ehe wir in die Heimat zurückkehren können. Noch immer warte ich vergeblich auf Geld und Paket. Warum? Mein Chinin geht zu Ende. Wenn ich dem Fieber verfalle, bin ich verloren. Schicke mir auf alle Fälle ein Fläschchen Chininperlen mit. Behüt Euch alle Gott gnädigst, wie ich dies auch für mich sehnlichst erhoffe. Immer Dein . . ."

Einige Auszüge aus Briefen aus Nordafrika:

Ein Landwehrmann schreibt aus Algier am 31. Januar 1915:

„Uns haben sie jetzt in die Wüste gesteckt zum Straßenbau. Sind ungefähr 500 Kilometer im Lande drin, die Stadt liegt 100 Kilometer hinter uns. Die Nahrung wird auf Kamelen gebracht, denn Straßen gibt es keine. Die 100 Kilometer mußten wir zu Fuß machen und auch wieder retour. Hoffentlich sind die Pakete nicht zu groß, daß ich sie bekomme, sollte sehr nötig Fußbekleidung haben. . . .

Gestern wurde uns ein Schreiben von der französischen Regierung verlesen, woraus zu ersehen war, daß die Gefangenen in Deutschland sehr schlecht behandelt würden und sehr wenig zu essen bekommen, deshalb würden wir auch so behandelt werden. Teilt mir mit, was die französischen Gefangenen in Deutschland bekommen, denn es ist nicht schön, wenn man Gefangene hungern läßt, und dazu noch schwere Arbeit. Ich will nur sehen, wie wir aussehen, wenn wir retour kommen, denn Stiefel und Uniform wird hier sehr mitgenommen auf den steinigen Wegen, denn hier hat es nur Steine und Sand. Läuse hat jeder von uns."

Ein Garde-Grenadier berichtet am 15. Februar 1915 aus Marokko:

„Es sind schon viele Kameraden an Fieber gestorben. Im März, April usw. soll es hier unheimlich heiß sein. Hoffentlich werden wir dann nicht in der sengenden Hitze arbeiten brauchen. Wir sind hier am Straßenbau beschäftigt, auch bin ich ab und zu im Steinbruch tätig, kann also später mal als Steinhauer gehen. Wir hatten es schon so einigermaßen wieder, nun ist es uns aber abgenommen worden. Als Grund wird angegeben, wie Du mir, so ich Dir. Also wie es die Franzosen bei uns haben, so sollen wir es haben. Auch schlafen wir in Zelten auf Apfelsinenkisten. Wenn sie uns dieselben lassen werden, ist es ja viel besser, als wie auf der Erde. Es richtet sich alles nach den Gefangenen in Deutschland."

Ein Sanitäts-Unteroffizier schreibt vom 15. März 1915:

„Die Behandlung der Gefangenen, durch die französische Regierung veranlaßt, spottet jeder Beschreibung . . . . Auf dem Marsche lagen wir nachts entweder auf Pferdemist in offenen Ställen oder auf blanker Erde in kleinen Zelten. Die Gefangenen müssen hier an einem Straßenbau arbeiten und ist diese Arbeit bei großer Hitze sehr schwer. Als Lohn gibt es 15 Cts. bei 9 Stunden Arbeitszeit und 10 Kilometer Marsch. Mittags zum Essen haben wir nur ½ Stunden Zeit. Wasser ist sehr wenig vorhanden und ist an tägliche Waschungen nicht zu denken. Wenn die Leute nicht arbeiten, so werden sie bestraft, und sogar 8 Gefangene sind von Unterleutnant P. geschlagen worden. Schuhe und Strümpfe sind zerrissen, ob wir neue erhalten? Unser Körper wird von Läusen geplagt, vor welchen man sich nicht schützen kann. Es ist die höchste Zeit, daß diese Behandlung geändert wird, sonst kommen wir alle krank zurück. Vertrauend auf Gott und unseren Kaiser erwarten wir das Morgenrot unserer Heimfahrt zu unseren Lieben."

Am 3. Mai 1915 schreibt ein Kriegsgefangener aus Tunis:

„Seitdem wir von K. abgereist sind, liegen wir in Zelten, vollständig der Witterung preisgegeben, mitten in der Kolonie Tunis. Wir leiden viel unter der Hitze, erhalten sehr wenig Trinkwasser. Wir leiden viel unter Ungeziefer, des Nachts unter Kälte, und haben keine Waschgelegenheit. Der Transport war 200 Mann stark und sind dies lauter solche, die verwundet gewesen sind, teilweise sind noch solche darunter mit eiternden Wunden, mit lahmen Gliedern oder kurzen Beinen, so daß selbst die französischen Aerzte jede Verantwortung über den Transport ablehnen. Wir werden zur Arbeit gezwungen, in Vorschlag ist ein Straßenbau, für den pro Mann 4 Sous gezahlt werden. Für schlechte Arbeit folgen Strafen. Bewacht werden wir von der Strafkompagnie und geht der Anführer derselben äußerst streng vor. Für uns gelten die rühmlichst bekannten Strafen der Fremdenlegion. Scheinbar vergessen die Franzosen daran, daß wir Kriegsgefangene und keine Verbrecher sind. Seit sieben Wochen erhalten wir keine Pakete mehr, und wenn wir solche erhalten sollten, Schokolade, Süßigkeiten usw. herausgenommen. Bis heute fehlen 650 Pakete für diesen Transport."

Wir möchten zu diesen Mitteilungen folgendes bemerken:

Nichtachtung von Menschenleben und Menschenwürde liegt im Wesen des Kolonialmilitarismus, und gerade die Geschichte des französischen Kolonialmilitarismus weist zu diesem Kapitel recht düstere und blutige Seiten auf. Leider müssen jetzt auch deutsche Kriegsgefangene die afrikanischen Methoden gewisser französischer Kolonialmilitärs über sich ergehen lassen. Wir möchten die Aufmerksamkeit unserer französischen Genossen auf diese eine Kulturnation schändenden Tatsachen lenken. Sie haben ja bis zum Ausbruch des Krieges einen erbitterten Kampf gegen das Biribi-System geführt, und die „Humanité" hat manche grauenhaften Einzelheiten aus afrikanischen Strafanstalten usw. festgenagelt. Unsere französischen Genossen werden wohl nicht annehmen, daß in den zehn Kriegsmonaten alle Kolonialbarbarei und alle „cafard"-Anfälle*) bei gewissen Kolonialtyrannen verflogen und die brutalen „Schaus"-Naturen**) mit einem Schlage zu Edelmenschen geworden sind. Ein Einwirken der französischen Sozialisten zur Verbesserung des Loses der deutschen Kriegsgefangenen in Afrika wäre daher sehr verdienstlich und läge auch im Interesse der französischen Kriegsgefangenen in Deutschland.

*) Cafard = französische Bezeichnung für Tropenkoller.

**) Schaus = afrikanische Bezeichnung für Gefangenenaufseher.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Ein Kampf um den verdienten Lohn.

In der Werkstatt des Sattlermeisters Geithe herrschte eines Sonnabends große Aufregung. Der Meister hatte sich die ganze Woche nicht sehen lassen. Er erschien auch nicht, als der fällige Wochenlohn ausgezahlt werden mußte. Stundenlang warteten die Arbeiter vergebens auf ihren Lohn. Unter diesen Umständen griff die Ansicht Platz, der Meister sei auf Nimmerwiedersehen verschwunden. Diese Ansicht stützte sich auch darauf, daß schon die vorige Lohnzahlung unpünktlich erfolgt war und die Arbeiter aus alledem schlossen, der Meister befinde sich trotz der lohnenden Militärarbeit in schlechten finanziellen Verhältnissen. Um ihre Lohnforderungen sicher zu stellen, erwirkten die acht Arbeiter beim Amtsgericht einen Arrestbeschluß, auf Grund dessen sie die Sachen Geithes durch einen Gerichtsvollzieher nach der Pfandkammer schaffen ließen. Außerdem klagten sie beim Innungsschiedsgericht auf Zahlung des verdienten Lohnes und Vergütung für die Zeit, wo sie auf Lohnzahlung warteten. — Der Beklagte Geithe sagt, er habe eine Reise nach Holland gemacht, um Leder einzukaufen. An der Grenze sei er wegen Konterbandeverdachts in Gewahrsam genommen worden. Dadurch habe sich seine Heimkehr verzögert. Als er nach Hause kam, habe er zu seinem Erstaunen gesehen, daß seine Werkstatt geschlossen und seine Sachen gepfändet waren. Er macht den Klägern heftige Vorwürfe, daß sie ihn in diese Lage gebracht haben. — Die Kläger entgegnen, das sei notwendig gewesen, um den Lohn zu sichern. Schon in der vorhergegangenen Woche habe der Beklagte Leder versetzt, um den Lohn zu zahlen. An die Reise nach Holland glauben die Kläger nicht. — Die Lohnforderungen der Kläger erkennt der Beklagte an, er will auch jedem fünf Stunden Wartezeit vergüten, verlangt aber, daß die Kläger zuvor die Aufhebung des Arrestbeschlusses erwirken. Aber darauf wollen die Kläger nicht eingehen. Sie sagen, sobald der Beklagte wieder die Verfügung über die Pfandobjekte habe, würden sie nichts bekommen. — Nach langem Hin- und Herreden erklärt sich der Beklagte schließlich bereit, den Betrag, welchen er den Klägern schuldet, auf dem Amtsgericht zu hinterlegen, gleichzeitig sollten die Kläger die Aufhebung des Arrestbeschlusses beantragen und sich aus der hinterlegten Summe bezahlen lassen. Die Kläger sind damit einverstanden. Als aber ein Vergleich auf dieser Grundlage abgeschlossen werden sollte, lehnte der Beklagte ab, auf den Vergleich einzugehen. — Das Schiedsgericht verurteilte ihn dann zur Zahlung der von den Klägern erhobenen Forderungen, die insgesamt 417 M. betragen.

Höhere Löhne und Teuerungszulagen in der Textilindustrie Berlins.

Die gänzlich veränderte Wirtschaftsordnung hat auch Aenderungen in die Lohnverhältnisse der Berliner Textilarbeiterschaft gebracht. Auf Anregung des Deutschen Textilarbeiterverbandes wurden folgende Verbesserungen erreicht: In der Posamenten-Militäreffektenbranche bei Hensel u. Schumann für 50 Posamentierer a 7,50 M. = 375,00 M., 12 Lohnarbeiter a 2 M. = 24 M., 120 Arbeiterinnen a 2 M. = 240 M., 6 Lehrlinge a 1 M. = 6 M., in Summa 645 M. pro Woche für 188 Personen. Knoblauch 10 Posamentierer a 2,50 M. = 25 M., 8 Arbeiterinnen a 1 M. = 8 M., 5 Arbeiterinnen a 50 Pf. = 2,50 M., in Summa 30,50 M. für 18 Personen. In derselben Branche zahlen Teuerungs- oder Kriegszulagen folgende Firmen: Franz Ebel Nachf. hat die bisher gezahlten 10 Proz. auf 15 Proz. erhöht. Das macht für 7 Posamentierer a 2,25 M. = 15,75 M., für 25 Arbeiterinnen a 85 Pf. = 21,25 M., in Summa für 32 Personen 37 M. George Ludwig Bredereck zahlt neben 10 Proz. Kriegszuschlag noch 3 M. Teuerungszulage pro Woche für alle Beschäftigten in Summa 300 M. Die Vereinigten Märkischen Tuchfabriken in Nieder-Schöneweide haben die Weblöhne erhöht für zirka 200 Weberinnen um 25 bis 40 Pf. pro Stück und zahlen für alle Weberinnen außerdem 5 Proz. Teuerungszulage. Das macht bei 275 Weberinnen 357,50 M. pro Woche. Hier kam es leider durch das Verhalten eines Direktors zu unliebsamen Auftritten. Der Herr war recht unhöflich gegen die Arbeiterinnen und drohte, sich Ersatz aus Lodz kommen zu lassen. Die Arbeiterinnen mußten den Herrn erst auf den Burgfrieden und seine Bedeutung aufmerksam machen. Die Strumpfwarenfabrik Felix Lande zahlt an 168 im Akkord Beschäftigten 5 Prozent Teuerungszulage = 132 M. Für die Lohnarbeiterinnen ist der Einstellungslohn um 1 bis 3 M., die alljährliche Zulage um 50 Pf. und der Höchstlohn um 1 M. erhöht worden. Die Strickgarnfabrik Lindenau u. Pinkfohn zahlt an 25 Lohnarbeiterinnen 10 Prozent Teuerungszulage = 40 M. pro Woche. Die Firma wird sich hoffentlich auch dazu bereit finden, den Hasplerinnen und Dockerinnen eine dementsprechende Zulage zu zahlen. Die Firma A. u. B. Ellisch derselben Branche will ihren Arbeiterinnen bei Ausbruch eines schlechteren Geschäftsganges pro Woche 3 M. als Teuerungszuschlag zahlen. Für die Dekaturbranche besteht noch der Tarifvertrag. Zu den durch diesen festgesetzten Löhnen werden während der Dauer des Krieges 5 Proz. als Teuerungszulage gezahlt, an 80 Arbeiter = 128 M. pro Woche. Die Berliner Velvetfabrik M. Mengers u. Söhne zahlt an ihre Arbeiter (340) eine wöchentliche Teuerungszulage von je 3 M., an die Arbeiterinnen (180) je 1 M., in Summa 1200 M. pro Woche. In der Färberei Ilse in Weißensee wurde für vier Färber der Wochenlohn um je 2,10 M. erhöht. Das Gesamtergebnis ist, daß in diesen wenigen Betrieben das Arbeitereinkommen um rund 3000 pro Woche erhöht worden ist, im Durchschnitt 2,50 bis 3 M. auf den Einzelnen. Das heißt mit anderen Worten, weil diese Arbeiterinnen und Arbeiter 35 oder 65 Pf. Organisationsbeitrag zahlten, haben sie für diese Ausgabe eine Einnahme von 2,50 bis 3 M.: jedenfalls ein hoher Gewinn im Vergleich zu dem niedrigen Einsatz.

Wenn auch diese Erhöhung des Arbeitereinkommens nicht im entferntesten einen Ausgleich schafft zwischen den jetzigen hohen Lebensmittelpreisen und den früheren, so trifft aber das zu, daß diese 2,50 resp. 3 M. nur gezahlt worden sind, weil die Arbeiterorganisation den Anstoß hierzu gegeben hat. Dieses möge sich die Textilarbeiterschaft Berlins merken, schließen sich alle Textilarbeiter und -Arbeiterinnen ihrer Berufsorganisation an, dann wird auch die Zeit kommen, wo ihre Löhne den in anderen Berufen gezahlten gleichkommen.

Die Teuerungszulagen in den Brauereien.

Unsere gestrige Notiz über die Teuerungszulagen in den Berliner Brauereien ist nach verschiedenen Richtungen hin mißverständlich. Zunächst stellen wir fest, daß die Verhandlungen wegen der Teuerungszulage nicht durch den Brauereiarbeiter-Verband sondern durch die Ausschüsse des Personals geführt worden sind. Alle in den Brauereien Groß-Berlins vertretenen Arbeitnehmerorganisationen haben sich einstimmig auf den Standpunkt gestellt, daß wegen der bestehenden Tarifverträge Forderungen an die Unternehmer nicht gestellt werden können. Aus diesem Grunde haben sie es den Ausschüssen des Personals überlassen, die Wünsche auf Teuerungszulagen zu vertreten. Die Ringbrauereien verhielten sich zunächst ablehnend. Als erste bewilligte die außerhalb des Ringes stehende Engelhardt-Brauerei eine Teuerungszulage von 1,75 M. und von 80 Pf. für die Dauer des Krieges. Die Borussia-Brauerei und die Brauerei Groterjan folgten mit 1,50 bezw. 1 M. nach. Erst später kamen die Ringbrauereien nach Vorstelligwerden der Vertrauensleute zu ihrem gestern mitgeteilten Beschluß. Zurzeit schweben noch Verhandlungen mit den dem Verein der Brauereien Berlins und Umgegend nicht angeschlossenen Betrieben. Diese Verhandlungen werden nicht vom Brauereiarbeiter-Verband sondern von allen in den Brauereien Berlins vertretenen Arbeitnehmerorganisationen gemeinsam geführt.

Aus Groß-Berlin.

Dem Ausflügler ins Stammbuch.

„Was in der Stube gilt als simpler Brauch,
beachte du im Walde auch;
laß niemals auf den Boden fallen
Papier, Apfelsinen- und Eierschalen.
Halt sauber und rein das Waldrevier,
Dann bist du stets willkommen hier." —

Wie gut wäre es, wenn dieser Vers Gemeingut aller Ausflügler würde. — Was ist nicht schon alles über die Verunreinigung von Wiesen und Wälder geschrieben worden, leider nicht mit vollem Erfolg. Immer noch findet man Plätze im Grünen, die mit dem bewußten Stullenpapier in allen Größen und Farben verunziert sind. Ganze Zeitungen werden vom Winde weiter getragen. Die Leser geben sich nicht einmal die Mühe, sie zusammenzufalzen, viel weniger sie wieder in die Tasche zu stecken. Haben gar Vereine oder Gesellschaften ihre Spiele beendet, dann zieren oft ganze Kartons, Holzwolle und anderes die Stelle, wo Wettrennen, Sacklaufen oder Reifen- und Ballspiele stattgefunden haben. Alles zieht mit Musik zurück in das nahegelegene Lokal und kümmert sich nicht weiter um das Aussehen des Ortes, den man verlassen.

Und wie viele Tausende bedürfen der Erholung. Sie ziehen an den Sonntagen hinaus in die freie Natur, in Wald und Feld Ruhe suchend, die Lunge zu weiten, neue Kraft zu schöpfen. Da schmerzt es zu sehen, wie Wald und Wiese zu Papierkörben und Mülleimer umgewandelt worden sind. Mit den Jahren ist auch auf diesem Gebiete manches besser geworden, aber es bleibt noch viel Selbsterziehung übrig. Hoffen wir, daß jeder Ausflügler sich zur Richtschnur nimmt, Wald und Wiese rein zu halten, damit die, die nach ihm kommen, sich gleichfalls erholen können.

Um den Löcknitzkies.

Die Streitereien über die Brauchbarkeit des Kieses, der bei dem Bau der Berliner Nordsüdbahn zur Herstellung der Betonhülle des Tunnels genommen wird, hatten gestern ein gerichtliches Nachspiel.

In den Verträgen der Stadt Berlin mit den Unternehmern, denen man die Tunnelbauten übertrug, wurde für den Beton die Verwendung von Flußkies, im besonderen von Neiße- und Oderkies, zur Pflicht gemacht. Später aber wurde ihnen, weil die Föderung der nötigen Mengen Kies aus Neiße und Oder infolge erschwerender Bestimmungen der staatlichen Wasserbauverwaltung nicht möglich war, die Verwendung von Kies aus dem Löcknitztal gestattet. Für ihn fanden so die Märkischen Sandwerke, die Kieslieferanten zweier am Bau der Nordsüdbahn beteiligten Unternehmerfirmen erwünschte Abnehmer. Aber diese nachträgliche Einschränkung der Vertragsbestimmungen weckte den Widerspruch anderer Kiesinteressenten. In der Stadtverordnetenversammlung gab Ende Dezember 1913 infolge einer an den Magistrat gerichteten Anfrage der Stadtbaurat Krause eine Erklärung ab, die den Löcknitzkies als mindestens so brauchbar wie den anfänglich ausbedungenen Neiße- und Oderkies rühmte. Er berief sich hierfür auf Ergebnisse von Untersuchungen des staatlichen Materialprüfungsamtes, die ganz vorzüglich seien. Auch der Löcknitzkies werde unter Wasser gebaggert, er gleiche an Reinheit dem eigentlichen Flußkies, die Druckfestigkeit des Betons sei bei Löcknitzkies ebenso hoch wie bei Flußkies ermittelt worden. Ueberdies habe die städtische Bauverwaltung wegen Verbilligung der Transportkosten des nun aus Berlins Nähe bezogenen Kieses die Unternehmer genötigt, ihr eine nachträgliche Preisermäßigung auf die Betonlieferung zu gewähren.

Die Angelegenheit war hiermit für die Kiesinteressenten nicht abgetan, sondern beschäftigte sie weiter noch längere Zeit hindurch. Ende August 1914 richtete der Kiesunternehmer Triesethau an den Magistrat ein Schreiben, worin er jene Erklärung des Stadtbaurats Krause als „wissentlich unwahr" bezeichnete. Stadtbaurat Krause sah in diesem Wort eine schlimme Kränkung und Ehrverletzung, und Oberbürgermeister Wermuth stellte gegen Triesethau einen Strafantrag wegen Beleidigung, dem die Staatsanwaltschaft stattgab. Triesethau sollte sich gestern unter der Anklage der Beleidigung vor dem Landgericht Berlin I (Strafkammer 3) verantworten.

Vor Eintritt in die Verhandlung, für die von der Staatsanwaltschaft wie von der Verteidigung eine reichliche Menge Zeugen beigebracht worden war, regte der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Unger einen Vergleich an. Stadtbaurat Krause wollte in einen solchen einwilligen, wenn der Angeklagte Triesethau eine ihn befriedigende Erklärung geben würde. Er selber müsse dabei bleiben, daß er damals in der Stadtverordnetenversammlung seine Meinung nach bestem Wissen und Gewissen geäußert habe. Triesethau war bereit, zuzugeben, daß er in jenem Schreiben sich im Ausdruck vergriffen habe, wenn er auch an seiner Ueberzeugung von der objektiven Unrichtigkeit der Krauseschen Meinungsäußerung über den Löcknitzkies nach wie vor festhalten müsse. Die Zurücknahme des Strafantrages ist hiernach möglich, das Recht dazu hat aber nur der Oberbürgermeister. Staatsanwalt Weißmann wollte eine bloße Ehrenerklärung nicht für ausreichend halten. Es sei zu befürchten, daß der Oberbürgermeister sich mit ihr nicht begnügen, sondern von dem Angeklagten noch eine freiwillige Geldbuße zu Wohltätigkeitszwecken erwarten würde. Triesethau lehnte das ab, und auch sein Verteidiger Geh. Justizrat Friedmann meinte, daß nach Lage der Sache ein so weit gehendes Zugeständnis keineswegs geboten scheine.

Der schließlich zustande gekommene Vergleich hat folgenden Wortlaut: „Herr Triesethau erklärt: In meinem Schreiben vom 29. August 1914 habe ich behauptet, daß die Angaben des Herrn Geheimrats Krause über die Qualität des Löcknitzkieses wissentlich unwahr seien. Mit dem Ausdruck „wissentlich" habe ich mich vergriffen. Ich habe nicht behaupten wollen und behaupte auch jetzt nicht, daß das Gutachten des Herrn Geheimrats Krause seiner inneren Ueberzeugung widerspreche, sondern nur nach meiner Ansicht objektiv unzutreffend sei. Jede beleidigende Absicht hat mir fern gelegen. Herr Geheimrat Krause nimmt diese Erklärung an, bleibt aber objektiv bei seinem früher dargestellten Standpunkt. Herr Triesethau übernimmt die Kosten. Herr Geheimrat Krause verpflichtet sich, dahin zu wirken, daß der Strafantrag seitens des Herrn Oberbürgermeisters von Berlin zurückgezogen wird."

Türschließerinnen im Eisenbahndienst sollen demnächst eingestellt werden. Sie erhalten Eisenbahnermützen mit dem Buchstaben T (Türschließerin), müssen fußfreie Röcke und kurze Aermel tragen.

Verschobene Ferien der hohen Schulen?

Mit Ermächtigung des Oberpräsidenten hat das Königliche Provinzialschulkollegium die diesjährigen Sommerferien an den höheren Lehranstalten für die männliche und weibliche Jugend sowie an den Schullehrerseminaren und Präparandenanstalten in der Provinz Brandenburg, mit Ausnahme von Groß-Berlin, um zwei Wochen, auf die Zeit von Freitag, den 16. Juli, bis Dienstag, den 17. August, hinausgeschoben.

Ein Soldat als Lebensretter.

Mut und Entschlossenheit bewies gestern der Gardejäger Paul Schmidt vom Rekruten-Depot Nowawes, der mit eigener Lebensgefahr an der Nuthebrücke bei der Jutespinnerei in Nowawes eine auf dem Strome treibende Frau dem Tode des Ertrinkens entriß. Schmidt kam in Begleitung eines Oberjägers vorbei, als eine weibliche Person auf den Wellen trieb. Er sprang ins Wasser und holte die Bewußtlose ans Land. Man brachte sie nach dem Oberlin-Kreiskrankenhaus. Ihr Zustand ist noch immer schonungsbedürftig, und die Frau war bis zur Stunde nicht vernehmungsfähig. Ueber die Beweggründe ihres Verzweiflungsschrittes ist noch keine Aufklärung geschaffen.

Der verbrannte Schatz.

Uebergroße „Vorsicht" ist einem Ehepaar aus dem Südosten der Stadt verhängnisvoll geworden. Die betagten Leute hatten in einem arbeitsreichen Leben 3000 M. gespart und diese als Notgroschen für das Alter auf einer Bank zinstragend angelegt. Wie viele andere auch wurden sie bei Ausbruch des Krieges ängstlich und hoben aus Vorsicht, wie sie meinten, das Geld ab. Um es jetzt gegen Einbrecher und Diebe zu sichern, legte die Frau den ganzen Betrag in Papiergeld in ein Ofenloch und glaubte damit das beste Versteck gefunden zu haben. Mit der Zeit aber vergaß sie selbst, wo sie ihren Schatz geborgen hatte, und dachte auch nicht daran, als sie jetzt einmal wertloses Zeug in dem Ofen verbrannte. Erst als ihr Papiergeld mitverbrannt war, fiel es ihr wieder ein. Die Frau nahm sich den Verlust so zu Herzen, daß sie in einem Vorort ins Wasser sprang, um sich das Leben zu nehmen. Sie wurde aber gerettet und vorläufig ins Krankenhaus gebracht.

Ein Schlafstellenschwindler in blauer Uniform tritt wieder an verschiedenen Stellen auf. Er erzählt den Vermieterinnen, daß er die ganze Nacht gefahren sei, um hier seine in Stellung befindliche Schwester zu besuchen. Auf einige Tage mietet er dann ein Zimmer. Ist er dann allein in der Wohnung, so rafft er zusammen, was ihm begehrenswert erscheint, und verschwindet. In einigen Fällen hat er auch noch anderen Schlafburschen die Koffer erbrochen und ihres Inhalts beraubt. Der Dieb ist etwa 1,50 Meter groß und trägt einen Kneifer.

Feuer in Rudow. — Ein Heizer verbrannt.

In der Fabrik des Dr. ing. Schliemann in Rudow, Kanalstraße, am Teltowkanal, entstand gestern vormittag 10½ Uhr ein Schadenfeuer, dem leider ein Menschenleben zum Opfer fiel. Ein Heizer verbrannte, der Leiter des Militärkommandos vom nahen Flugplatz erkrankte so schwer an Rauchvergiftung, daß man ihn nach dem Garnisonlazarett in Tempelhof bringen mußte. — In der Fabrik wird Oel aus Teer hergestellt. Der Brandherd lag in dem großen Kesselhause. Der Heizer hatte einen Hahn geöffnet und der ausströmende Rauch entzündete sich. Das Feuer griff so schnell um sich, daß sich der Heizer nicht mehr zu retten vermochte, während ein anderer im Kesselraume anwesender Arbeiter glücklich entkam. Der Kesselraum ist vollständig ausgebrannt, ebenso haben die in der unmittelbaren Nachbarschaft lagernden Vorräte an fertigen und halbfertigen Werten sehr gelitten. Die mächtige Flamme, die von der Brandstätte ausging, alarmierte die ganze Nachbarschaft, so daß zahlreiche freiwillige Feuerwehren — wohl zwanzig an der Zahl — aus Britz, Adlershof, Johannisthal anrückten. Gegen 1 Uhr mittags war weitere Gefahr beseitigt. Der Materialschaden ist ziemlich erheblich.

Ein sehr gefährlicher Brand kam am Mittwochnachmittag in dem Chemikalienkeller der Chemischen Fabrik von C. Doehl Nachfolger in der Lothringer Str. 50 zum Ausbruch. Der Angriff war infolge der giftigen Chlordämpfe usw., die sich entwickelt hatten, sehr erschwert. Atmungsapparate mußten benutzt werden, mit denen es gelang, bis zum Brandherd vorzudringen. Erst nach längerem Löschen mit mehreren Schlauchleitungen glückte es, des Brandes Herr zu werden. Die Mannschaften hatten unter der Einwirkung der Dämpfe und der außergewöhnlich großen Hitze viel zu leiden. Die Entstehung des Brandes wird auf Unvorsichtigkeit zurückgeführt.

Arbeiter-Bildungsschule. Der nächste Vortrag des Kursus des Genossen Eduard Bernstein findet am Freitag, den 11. Juni, statt.

Gesperrt. Der östliche Fahrdamm der Brunnenstraße zwischen Demminer und Stralsunder Straße wird wegen der Ausführung von Untergrundbahnbauarbeiten in der Zeit vom 7. Juni bis 3. Juli d. J. für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

Die Omnibusse werden bei der Fahrt in nördlicher Richtung umgeleitet über die Stralsunder, Ruppiner und Demminer Straße.

Aus den Gemeinden.

Lebensmittelverkäufe in den Vororten.

Nach und nach beginnen jetzt die Vororte mit dem Verkauf der aufgespeicherten Nahrungsmittel. In Charlottenburg wird man in der nächsten Zeit damit beginnen, während Neukölln noch bis zum nächsten Monat warten will. Einige andere Gemeinden haben bereits damit begonnen, von denen wir zunächst die nachstehenden veröffentlichen:

Lichtenberg. Der Fleischverkauf findet statt: 1. in der Scharnweberstraße 49: Montags und Donnerstags, 2. in der Türrschmidtstraße 2: Dienstags und Freitags, 3. in der Magdalenenstraße 14: Mittwochs und Sonnabends in der Zeit von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 4 bis 7 Uhr nachmittags. — Preise von Montag, den 7. Juni ab: Für das Pfund mageren und fetten Specks 1,60 M. Für das Pfund Schmalz 1,60 M. Die Preise für Fleischkonserven, die aus bestem Schweinefleisch unter ständiger Beaufsichtigung der staatlichen Zentral-Einkaufsgesellschaft hergestellt sind, beträgt für die 1 Pfund-Dose Schweinefleisch in Brühe 1,35 M., 1-Pfund-Dose Weiß- und Leberwurst 1,10 M., 1-Pfund-Dose Blutwurst 1,00 M., 1-Pfund-Dose Sülzwurst 1,20 M. — Außer den Fleischwaren werden beste Tafel-Margarine, 1 M. pro Pfund, und Makkaroni, 50 Pf. pro Pfund, verkauft.

Friedrichsfelde. Von den von der Gemeinde beschafften Fleischwaren kommen zum Verkauf (in Dosen von etwa 1 Pfund): Schweinefleisch in eigenem Saft zum Preise von 1,40 M., Rindfleisch in eigenem Saft zum Preise von 1,35 M., Berliner Aufschnitt, sogen. Corneddeef, zum Preise von 1,15 M., Leberwurst zum Preise von 1,20 M., Fleischwurst zum Preise von 1,10 M. Der Verkauf findet nur gegen Vorzeigung und Abstempelung der Brotkarte an Einwohner der Gemeinde statt und wird auf jede Brotkarte 1 Pfd. Fleischware pro Woche geliefert. Der Verkauf findet gegen Bar-

zahlung in den nachstehenden Verkaufsstellen statt: Dienstags und Freitags in dem Ladengeschäft von Frau Arndt, Karlshorst, Treskow-Allee 101, Mittwochs und Sonnabends in dem Ladengeschäft von Frau Bewersdorf, Friedrichsfelde, Berliner Str. 24. Verkaufszeit: Vormittags 9—12 Uhr, nachmittags 4—7 Uhr.

Pankow. Die Gemeinde hat zunächst mit dem Verkauf von Margarine, kondensierter Milch und Karotten in Büchsen begonnen. Der Verkauf findet durch hiesige Händler statt, in deren Läden ein darauf bezügliches, nur beim Gemeindevorstand erhältliches Plakat aushängen muß. Es kostet 1 Pfd. Ia Margarine 1 M., 1 Büchse kondensierte Milch 0,55 M., 1 Kilobüchse geschnittene Karotten 0,40 M. Die Waren der Gemeinde sind als solche kenntlich gemacht und dürfen nur in Originalpackungen verkauft werden. Die Käufer haben sich als Einwohner unserer Gemeinde durch Steuerzettel, Kriegsausweis und dergl. dem Verkäufer auszuweisen. Von Zuwiderhandlungen gegen die vorbezeichneten Anordnungen bitten wir dem Gemeindevorstand unverzüglich Kenntnis zu geben.

Charlottenburger Bäckermeister gegen die Nachtarbeit.

Eine Versammlung der Charlottenburger Bäckerinnung beschäftigte sich mit den durch die neue Brotpreisfestsetzung veränderten Verhältnissen im Bäckereigewerbe. Vom Obermeister wurde mitgeteilt, der Vorstand strebe danach, daß anstatt der jetzt eingeführten 50-Gramm-Semmeln nur solche von 100—150 Gramm gebacken werden. Es soll auch ferner darauf hingewirkt werden, daß bei der Kuchenherstellung Backpulver verwendet werden dürfe. Durch dieses Verbot sei ein großer Eierverbrauch notwendig. Kuchen- und Eierpreise haben infolgedessen eine enorme Steigerung erfahren. Gegenüber den Wünschen der Brotfabrikanten, wieder die Nachtarbeit einzuführen, sei unbedingt an der jetzt bestehenden zwölfstündigen Tagesarbeitszeit festzuhalten. Zum Schluß sprach sich dann die Innungsversammlung entschieden gegen die Wiedereinführung der Nachtarbeit aus.

Teuerungszulagen in Niederschönhausen.

In der letzten Sitzung wurde einstimmig beschlossen, allen technischen Angestellten, Arbeitern und Arbeiterinnen bis zu 2000 M. Jahreseinkommen eine Kriegsteuerungszulage zu gewähren, und zwar vom 1. April d. J. ab. Diese beträgt für Verheiratete 2,40 M. pro Woche, für Ledige 1,20 M. In Betracht kommen 49 Personen. Vom Bürgermeister wurde Bericht erstattet über den Verkauf der Dauerwaren; danach werden täglich für 900 M. verkauft. Unsere Genossen wünschten, daß Speck, Schmalz, Schinken schon von einem halben Pfund an verkauft werden soll. Dem wurde zugestimmt und der Lebensmittelkommission zur Durchführung überwiesen. Als Schiedsmann für den östlichen Ortsteil wurde Herr August Kuhlmann, Blankenburger Str. 67, wiedergewählt.

Verein Arbeiter-Jugendheim Charlottenburg. Der Elternabend, der letzten Donnerstag mit einem Referat über Rechte und Pflichten unserer Jugend eingeleitet wurde, findet diesen Freitag seine Fortsetzung. Da wichtige Fragen zu behandeln sind, wird der Besuch zahlreicher Eltern und Freunde unserer Jugend erwartet.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Steglitz. Freitag, den 11. Juni, abends 6 Uhr, im Rathaus.
Adlershof. Heute Donnerstag 6½ Uhr.
Britz-Buckow. Freitag, den 11. Juni, nachm. 5½ Uhr, im Rathaus.
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Soziales.

Der Versicherungsbestand der Volksfürsorge.

Aus dem vom Vorstande der Generalversammlung zu erstattenden Geschäftsberichte für das Jahr 1914 ist zu entnehmen, daß das Jahr 1914 einen Neuzugang von 124 805 Versicherungen brachte, durch welche 20 804 425 M. versichert wurden. Dazu kommt der Bestand Ende 1913 mit 70 125 Versicherungen und 12 912 968 M. Versicherungssumme, das ergibt 194 930 Versicherungen mit 38 717 393 M. Versicherungssumme. Davon gingen 1914 ab 31 461, und zwar durch Tod 1111, Rückkauf 217, Verfall 2751, Aenderung der Versicherungsart 23 773, Nichteinlösung der Police 3609 Versicherungen, so daß Ende 1914 der Versicherungsbestand betrug 163 469 Versicherungen mit 25 615 271 M. Versicherungssumme. Davon sind 104 862 Kapital-, 56 870 Spar- und 1737 Risikoversicherungen. Die 2751 Policen, die verfielen, bedeuten Versicherungen, für welche die Einzahlungen so gering waren, daß eine Umwandlung in eine Sparversicherung sich bedingungsgemäß nicht durchführen ließ. In den 23 747 Umwandlungen tritt der Vorteil der Volksfürsorge, d. h. die von ihr durchgeführte Reform der Volksversicherung in die Erscheinung. Trotz Nichtweiterzahlung der Prämien verfielen diese Versicherungen nicht, die eingezahlten Prämien bleiben in der Sparversicherung wirksam; deren Versicherungssumme kann durch weitere Spareinlagen beliebig gesteigert werden, auch können die Versicherten jederzeit, sobald sie dazu in der Lage sind, ihre Zahlungen wieder aufnehmen und die Kapitalversicherung in den alten Stand setzen. Der Verlust der eingezahlten Prämien ist bei der Volksfürsorge ausgeschlossen.

Eine Arbeitskraft, um die sich zwei Unternehmer reißen.

In eine Zwickmühle ist der Kartonzuschneider Ortelt geraten, indem er sich zwei Unternehmern gleichzeitig zur Arbeit verpflichtet hat. Es scheint aber, daß das weniger seine Schuld als die Schuld zweier Konkurrenzfirmen ist, die sich gegenseitig eine tüchtige Arbeitskraft wegzuschnappen suchen. Mit der Firma Katz u. Co. hatte Ortelt im April vorigen Jahres einen Vertrag abgeschlossen, wonach er für einen Wochenlohn von 39 M. bis 31. März 1917 bei der Firma zu arbeiten hat. Er ist aber schon bald nach Beginn des Vertragsverhältnisses bei Katz u. Co. ausgetreten, um bei der Firma „Reformkartonnage" in Arbeit zu treten. Die Firma Katz u. Co. fordert von Ortelt 250 M. Schadenersatz. Der Vertreter der Firma sagte vor dem Gewerbegericht, er würde durch die Arbeit des Beklagten, der sehr leistungsfähig sei, täglich 50 M. verdient haben. Den Schadenersatzanspruch würde er niedriger bemessen haben, wenn er nicht überzeugt wäre, daß die „Reformkartonnage" die ganzen Kosten dieses Prozesses an Stelle des Beklagten übernehme, denn sie habe ja den Nutzen davon, daß der Beklagte den Vertrag mit Katz u. Co. gebrochen habe. — Der Beklagte erklärt sein Verhalten so: Ehe er das Vertragsverhältnis mit Katz u. Co. einging, habe er einen längeren Vertrag mit der „Reformkartonnage" abgeschlossen gehabt. Im März v. J., als er bei dieser Firma in Arbeit stand, habe sich Katz u. Co., wo er früher schon arbeitete, mit ihm in Verbindung gesetzt und ihn unter glänzenden Versprechungen für sich zu gewinnen versucht. Er habe nicht darauf eingehen wollen, aber der Mitinhaber der Firma habe so lange auf ihn eingeredet, bis er die klare Ueberlegung verloren und den Vertrag mit Katz u. Co. abgeschlossen habe. Der „Reformkartonnage" habe er das mitgeteilt. Sie sei mit seiner Beschäftigung bei Katz u. Co. wegen ihrer freundschaftlichen Beziehungen zu dieser Firma einverstanden gewesen, aber unter der Voraussetzung, daß sie vollwertigen Ersatz für den Beklagten finde. Das sei der „Reformkartonnage" nicht möglich gewesen, sie habe ihn, den Beklagten, wieder für ihren Betrieb beansprucht und er habe sich verpflichtet gefühlt, dem älteren Vertrage treu zu bleiben und bei Katz u. Co. aufzuhören. — Hierzu bemerkte der Vertreter von Katz u. Co., die Firma habe von einem Vertragsverhältnis des Beklagten mit der „Reformkartonnage" nichts gewußt. Als der Beklagte bei Katz u. Co. in Arbeit trat, sei der Vertrag auf sein Verlangen und zu seiner Sicherung abgeschlossen worden.

Die Angelegenheit wurde durch einen Vergleich erledigt, wonach der Beklagte der Firma **Katz u. Co. 50 M. in Monatsraten von 5 M.** zahlt.

Wie der Mitinhaber von Katz u. Co. versicherte, wird er auch gegen die „Reformkartonnage" eine Schadenersatzklage mit wesentlich höheren Ansprüchen einleiten.

„Det is allens Mumpitz".

Mit dieser Erklärung und einer verächtlichen Handbewegung beantwortete Bäckermeister Schicke eine beim Innungsschiedsgericht gegen ihn erhobene Klage, nachdem der Kläger seine Ansprüche vorgetragen hatte. Die Antwort auf die Ungezogenheit des Meisters Schicke war eine Zurechtweisung durch den Vorsitzenden, die aber nicht viel half, denn Schicke verfiel immer wieder in dieselbe Tonart und mußte vom Vorsitzenden wiederholt in die Grenzen des Anstandes verwiesen werden, die er nur schwer innehalten konnte. In der Sache selbst handelte es sich darum, daß Schicke einen jungen Mann, der in seinem Geschäft am 1. April ausgelernt hatte, mehrere Wochen nachher beschäftigte, ohne ihm Gesellenlohn zu zahlen. Auch hat Schicke dem jungen Mann statt der im Vertrage ausbedungenen 60—70 M. zur Beschaffung eines Anzuges nur 42 M. gezahlt. Diese Differenz sowie 2 M. Tagelohn für seine Arbeit nach beendeter Lehrzeit beansprucht der junge Geselle im Klagewege. Darauf antwortete der Beklagte: „Wat jeht mir der Vertrag an. Den hat mein Vorjänger jemacht, von den ick det Jeschäft übernommen habe." Dem Beklagten wurde begreiflich zu machen versucht, daß er mit der Uebernahme des Geschäfts ja auch den Lehrling mitübernommen und den Vertrag zu erfüllen habe. Dazu bemerkte Schicke: „Ick wer mir doch von den Lehrling keene Vorschriften machen lassen. Der hat so lange zu lernen, bis er det Jesellenstück jemacht hat." Der Beklagte ist also der Meinung, obgleich die Lehrzeit vertragsmäßig am 1. April zu Ende war, habe er den Kläger bis zu der einige Zeit später stattgefundenen Gesellenprüfung als Lehrling behandeln können. Der Vorsitzende belehrte den Beklagten, daß diese Ansicht falsch und er im Unrecht sei und riet zur Verständigung mit dem Kläger. Doch Meister Schicke erklärte kurz und bündig: „Vastendigen duh ick mir absolut nich." Schließlich ließ er sich aber doch zu einem Vergleich bewegen, nachdem der Kläger seine Forderung von 55 M. auf 35 M. ermäßigt hatte. Nun entstand die Frage, auf welchem Wege bekommt der Kläger sein Geld. Er sagte, er habe nicht Zeit, es abzuholen, worauf der Beklagte mit der patzigen Bemerkung antwortete: „Wenn er keene Zeit zum Holen, denn habe ick ooch keene Zeit zum Schicken." — „Dann werden wir es bei Ihnen einziehen lassen," erwiderte der Vorsitzende. Schicke räsonnierte noch weiter in dem ihm eigenen Ton, so daß ihn der Vorsitzende unter Androhung einer Ungebührstrafe aus dem Saale wies.

Gerichtszeitung.

Der Tausendmarkschein des Armeelieferanten.

Eine recht eigenartige Bestechungssache kam gestern vor dem Reichsgericht zur Verhandlung. Auf Grund des § 333 St.G.B. ist vom Landgericht I in Berlin am 3. März der Fabrikant Theodor Wagler zu einer Geldstrafe von 1500 M. verurteilt worden; außerdem ist der in Frage kommende Tausendmarkschein für eingezogen erklärt worden. Nach dem erwähnten Paragraphen wird bestraft, wer einem Beamten oder einem Mitgliede der bewaffneten Macht Geschenke oder andere Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt, um ihn zu einer Handlung, die eine Verletzung seiner Amts- oder Dienstpflichten enthält, zu bestimmen. Der Angeklagte hatte umfangreiche Lieferungsaufträge von der Heeresverwaltung erhalten, konnte aber wegen Mangel an Rohstoffen nicht die vorgeschriebenen Mengen liefern und schrieb an den Major K. in Spandau einen Brief, in welchem er mit Rücksicht auf diese Umstände um Nachsicht bat. Diesem Briefe fügte er ohne ein Wort der Erklärung einen Tausendmarkschein bei. Darin ist der strafbare Tatbestand erblickt worden. Der Angeklagte hatte eingewendet er habe vorher mit seiner Frau verabredet gehabt, dem Major zu wohltätigen Zwecken einen solchen Betrag zu entsenden und seine Frau habe auch bereits ein entsprechendes Schreiben für ihn abgefaßt gehabt, es sei aber nur aus Versehen unterblieben, dieses Schreiben jenem Briefe beizulegen. Tatsächlich ist auch der Angeklagte, weil seine Frau von diesem Versehen erfuhr, mit ihr sofort nach Spandau gefahren, aber der Major habe es abgelehnt, beide zu empfangen. Die Frau habe ihm dann brieflich den Sachverhalt mitgeteilt und um Entschuldigung gebeten. Der Angeklagte hatte diesen Brief und andere Zeugen zum Beweise der Tatsache vorgeschlagen, daß er mehrfach davon gesprochen habe, für wohltätige Zwecke der Militärverwaltung einen Betrag zu übersenden und daß jener erklärende Brief nur aus Versehen nicht mit abgesandt worden sei. Das Gericht habe jedoch diesen Beweisantrag abgelehnt, indem es die zu beweisenden Tatsachen als wahr unterstellte. Es habe dann aber im Urteil aus diesen Tatsachen die Folgerung gezogen, daß der Angeklagte den von seiner Frau geschriebenen und bei der Absendung des anderen Briefes mit dem Geldscheine nur zur Bemäntelung seiner Bestechungsabsicht absende und sich vor einer Strafverfolgung schützen wollte. Auf die Revision des Angeklagten, welche von Dr. Alsberg vertreten wurde, hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Mit dem Verteidiger nahm das Reichsgericht an, daß das Landgericht dem Angeklagten in der Verhandlung hätte mitteilen müssen, daß es aus den als wahr unterstellten Tatsachen eine andere Folgerung ziehen würde, als er selbst, und zwar eine ihm nachteilige. Der Angeklagte sei dadurch in seiner Verteidigung wesentlich beschränkt worden.

Aus aller Welt.

Schnelle Sühne einer Mordtat.

Der Schmied Karl Reik, der am Tage seiner Entlassung aus dem Zuchthause in Magdeburg die 72 Jahre alte Frau Ulrich durch einen Dolchstich ins Herz tötete und deren Wohnung beraubte und in Köln am 28. Mai den städtischen Architekten Peter Butz und dessen Dienstmädchen in der Villa des Butz ermordete, stand am Dienstag wegen des letzteren Verbrechens vor dem außerordentlichen Kriegsgericht. Der Mörder war geständig. Er wurde zweimal zum Tode verurteilt. Die Magdeburger Tat wird später an Ort und Stelle abgeurteilt werden.

Ein verbotenes Entlaufungsmittel.

Das stellvertretende Generalkommando des 1. bayerischen Armeekorps hat den Vertrieb des von der chemischen Fabrik „Labor" in Posen hergestellten Geheimmittels „Plagin", das den im Felde stehenden Mannschaften usw. mehrfach von Angehörigen aus der Heimat zur Bekämpfung der Kleiderläuse und des Ungeziefers zugeschickt wurde und in vielen Fällen infolge Aetzwirkung schwere Hauterkrankungen (kraterförmige Geschwüre) hervorgerufen hat, auf Grund des Kriegszustandgesetzes verboten.

Ein schweres Unglück hat sich in Darmstadt zugetragen. Eine Kommission der Stadtverordneten sollte die in einem Kühlraum des Schlachthauses untergebrachten Dauerwaren einer Besichtigung unterziehen. Dabei stürzte ein Gerüst zusammen und begrub mehrere Kommissionsmitglieder unter den Trümmern. Schlachthofaufseher Keller erlitt einen qualvollen Tod, während Direktor Dr. Garth sowie die Stadtverordneten Stemmler und Aßmuth und Schlachthofverwalter Sammt leben schwer verletzt wurden.

Weil sie ihm nicht zum Geburtstag gratulierte, hat in der Vorstadt Löbtau bei Dresden der Maurer Schär seine dreißig Jahre alte Tochter mit einem Hammer so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Der Täter war entflohen, konnte aber bereits ergriffen werden. Er durchschnitt sich die Kehle und die Pulsadern, wurde aber noch lebend ins Krankenhaus gebracht.

Der Doppelmörder Mathias Stracten, der in Forst die Hausbesitzerin Frau Anna Philipp und deren Tochter Frida ermordete, ist im Krankenhause seinen Wunden erlegen. Außer zwei Schußwunden, die ihm der eine Polizeibeamte in der Notwehr beibrachte, wurden bei Stracten noch zwölf Stichwunden festgestellt, die er sich selbst mit Messern und Gabeln beigebracht hatte.

Ein Eisenbahnunglück ereignete sich auf der Strecke Bettembourg—Ulflingen in Luxemburg. Zwei Maschinenzüge stießen aufeinander, die durch die Wucht des Zusammenstoßes zertrümmert wurden. Zwei Mann wurden getötet, elf verwundet.

Die Weltausstellung in San Franzisko ist unter großen Feierlichkeiten und Teilnahme von vielen Tausenden von Besuchern eröffnet worden. Aus allen Teilen der Vereinigten Staaten sowie aus Süd- und Mittelamerika waren die Teilnehmer herbeigeeilt.

Parteiveranstaltungen.

Charlottenburg. Die Jugendsektion trifft sich Donnerstag, abends ½8 Uhr, Luisenplatz, an der Eiche, zu einem Spaziergang.

Schönow. Sonnabend, den 12. Juni, abends 8½ Uhr, findet bei Damrow der Zahlabend statt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten **Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, parterre,** am Montag bis Freitag von **4 bis 7 Uhr,** am Sonnabend von **5 bis 6 Uhr** statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. **Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.**

K. 100. Dagegen ist nichts zu machen, Sie hätten die Frist nicht versäumen dürfen. — **O. D. 100.** Antwort auf die Reklamation wird der Chef schon noch erhalten. Ein ärztliches Attest wird Ihnen in dem Falle wenig nützen. — **E. K. 72.** Ja. — **M. J. 33.** Sie müssen das Gewerbe anmelden und bedürfen der polizeilichen Erlaubnis zur Anbringung des Schaukastens. — **E. H. 21.** Der übliche Satz für Entbindungen ist 10 M. und für jeden Besuch der Hebamme 1 M. Sie haben keinerlei Anspruch auf Entbindungskosten. Preisermäßigung für Entbindungen gewährt der Verein Berliner Hebammen, Geschäftsstelle Bergmannstr. 6. Wenden Sie sich sofort dorthin. — **G. G. 25.** Wesentliche Störung des Kauens, durch Mangel oder Fehler der Kauwerkzeuge bedingt; dienstuntauglich. — **P. B. 25.** Stellen Sie dem Schneider eine angemessene Frist zur Lieferung des Anzuges. Wenn er Ihnen dann bis zum angegebenen Zeitpunkt den Anzug nicht liefert, müßten Sie gegen ihn klagbar werden. — **W. S. 88.** 1. und 2. Nein. — **J. H. 1.** Zeugen sind nicht nötig. Beträgt die Schuldsumme über 150 M., so ist Stempel erforderlich. 2. Ja. — **O. H. 1000.** Lungen- und herzleidend, zurückgestellt. — **G. W. 14.** Dieser Brief kann nicht als Testament gelten, die Braut tritt daher nicht als Erbe ein, sondern die Eltern und die Geschwister. — **O. K. 4.** Landsturm ohne Waffe, Arbeitssoldat. — **A. B. 58.** Kriegsverwendungsfähig. — **F. M. 59.** Wenn dem Ehemann die Kündigung im Felde schon zugestellt ist, so müssen Sie die Wohnung nach abgelaufenem Vertrag räumen. — **M. S. 100.** Stellen Sie doch Antrag auf Kriegsunterstützung für das Kind. — **M. Sch. Kopenhagener Str. 15.** Das richtet sich nach den statutarischen Bestimmungen der Krankenkasse. Sehen Sie diese ein. — **A. 111.** Das Schulgeld wird Ihnen sicher auch für das nächste Quartal erlassen werden. Warten Sie den Bescheid ab. — **B. F. 34.** Versuchen Sie es mit einem Antrag auf Mietsbeihilfe. Ein absolutes Recht auf Mietsunterstützung haben Sie nicht. — **J. F. 34.** Die Zeichen kennen wir nicht. Sie sind wahrscheinlich nicht richtig wiedergegeben. — **W. W. 43.** Herzkrank, dienstuntauglich. — **P. J. 15.** 1. Sie brauchen sich nicht zur Kontrolle zu melden. 2. Wir würden Ihnen raten, die außerordentlich hohen Zinsen nicht zu zahlen und es eventuell auf eine Klage ankommen zu lassen. — **G. 1886.** Sie können noch nachgemustert werden. — **C. S.** 1. Es würde sich empfehlen, ein ärztliches Attest darüber beizubringen. 2. Wann Sie eingezogen werden, wissen wir nicht. 3. u. 4. Ja. — **F. B. 6064.** Ein Attest können Sie jetzt noch nachträglich einreichen und Antrag beim Bezirkskommando auf Befreiung von der Militärpflicht stellen. — **G. B. 191.** Sie sind nicht meldepflichtig. — **K. N. 26.** Mißbildung des Brustkastens und nervenleidend; zurückgestellt. — **W. 100.** Wenn die Firma den Nachweis bringen kann, daß Sie Ihre Invalidenkarte rechtzeitig abgeschickt hat und daß die Karte auf der Post verloren gegangen ist, haftet die Firma nicht für den Ihnen erwachsenen Schaden. Da Sie nach eingetretener Erwerbsfähigkeit sich zur Arbeit gestellt haben, hatten Sie überhaupt Anspruch auf Kündigung, wenn nicht durch Vertrag die Kündigungsfrist ausgeschlossen ist. Nur während der Krankheit konnten Sie ohne Kündigung entlassen werden.

Todes-Anzeigen

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bodenleger

Rudolf Geilsdorf

(Weißensee, Metzstr. 11)

im Alter von 62 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 11. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Georgen-Kirchhofes in Weißensee, Röllestraße, aus statt. 84/4

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Möbel-Transportarbeiter

Hermann Schuder

am 7. Juni im Alter von 38 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 11. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Städtischen Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

64/15 **Die Bezirksverwaltung.**

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.
(E. a. G.) Berlin, Bezirk 10.

Am 7. Juni verstarb plötzlich unser langjähriges Mitglied

Gustav Nitsch.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 11. Juni, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof der Friedensgemeinde (Nordend) statt.

Um rege Beteiligung ersucht

257/10 **Die Ortsverwaltung.**

Kranken- und Begräbniskasse der Seifensieder und Berufsgenossen.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 29. Mai unser Mitglied

Friedrich Heimann

nach kurzem, aber schwerem Leiden verstorben ist. 282/8

Den Tod für das Vaterland starb unser Mitglied

Otto Teßmer.

Ehre ihrem Andenken!
Der Vorstand.

Fern von seinen Lieben und als Opfer des Weltkrieges, fiel am 21. Mai mein heißgeliebter Gatte, Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Füsilier

Bernhard Melow

(Füsilier-Regt. Nr. 35)

im blühenden Alter von 24 Jahren.

Dies zeigen tiefbetrübt und schmerzerfüllt an

Frau **Martha Melow** und Sohn Heinz.
A. Melow nebst Frau als Eltern und **Verwandten.**

Und wenn uns auch bricht das blutende Herz,
Wir müssen ertragen den furchtbaren Schmerz.
Und schweift zu Dir auch tränenumflort unser Blick,
Du kehrest zu uns doch nimmer zurück.
Du warst so gut und starbst so früh;
Wer Dich gekannt, vergißt Dich nie.

Ruhe sanft! 18606

Am 26. Mai fiel auf dem Schlachtfelde unser lieber Kollege, der Mechaniker

Alfred Rau

im 23. Lebensjahre.

Wir verlieren einen pflichttreuen, eifrigen Kollegen, dem wir jederzeit ein dauerndes Andenken bewahren werden.

Die Kollegen der Firma C. Lorenz A.-G., Abt. Revif.

Bei meiner Abreise sage ich allen, die meinem lieben Bruder

Wilh. Kühne

die letzte Ehre erwiesen, meinen aufrichtigsten Dank. Besonders danke ich den Kollegen der Firma Wunderlich, Blankenburg, dem Genossen Wieloch, den Genossen des 348. Bezirks, sowie dem Zentralverband der Lederarbeiter Berlin II. 18596

Minna Görmann geb. Kühne.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.